



## KINDERRECHTE UND KINDERARMUT

### KAPUTTGESPART

Die Hochschulen leiden seit Jahren unter staatlichen Kürzungen. Das bremst Reformen.

**Seite 20**

### RISIKO ALTER

Angesichts steigender Mieten wird Wohnen für viele Seniorinnen und Senioren immer teurer.

**Seite 23**

### IN TIPPELSCHRITTEN

Bei der Reform der Lehrkräftebildung tut sich die Politik schwer. Doch der Handlungsdruck ist groß.

**Seite 34**

# Jetzt kommt Kurth ...

## schnell • bequem • preiswert



### Jetzt kommt Kurth...

#### XXL-Kindergarten-Set „Sandkasten“, 172 Teile

Das ultimative Set für jeden Sandkasten! 2 Sets Eismacher (5-teilig), 2 Sets Kuchenformen (6-teilig), 4 Sets Sandformen „Mix“ (4-teilig), 4 Sets Sandformen „Tiere“ (4-teilig), 2 Sets Sandformen „Otto“ (4-teilig), 2 Sets Sandformen „Strandurlaub“ (6-teilig), 12 Sandformen „Hase“, 2 Sandformen „Steinbauer“, 6 Sandeimer „Flexi“, 6 Sandsiebe „Flexi“, 6 Sandeimer, 6 Sandsiebe, 6 Eimer „Glasklar“, 6 Eimer „Burgbau“, 12 Mehlschaufeln, 12 Sandschaufeln, 12 Sandspaten, 12 Schöpfkellen

P224-1005949

349,99 € inkl. MwSt

**TOP-PREIS**

[jetzt-kommt-kurth.de/sandspielzeug](http://jetzt-kommt-kurth.de/sandspielzeug)



- ① **Gärtnerschaufel, 28 cm**  
P224-100803 1,59 € inkl. MwSt
- ② **Mehlschaufel, 22 cm**  
P224-5555-?? 2,99 € inkl. MwSt
- ③ **Schöpfkelle, 25 x 15 cm**  
P224-5557-?? 1,59 € inkl. MwSt
- ④ **Sandschaufel, 36,5 cm**  
P224-5554-?? 2,99 € inkl. MwSt



gelb 10 rot 20 blau 30 grün 50  
?? = Farbauswahl



**Sandeimer „Flexi“**  
Durch seine hohe Flexibilität nahezu unzerstörbar.  
Maße (HxØ): 18 x 16,5 cm  
P224-100815 3,79 € inkl. MwSt



**Sandsieb „Flexi“**  
Maße Ø ca. 17 cm  
P224-100832 1,59 € inkl. MwSt



### Transportwagen

Ideal zum Verstauen von Sandspielzeug, Bällen und Sportutensilien. Mobil auf 4 feststellbare Lenkrollen. Trocken lagern. Für den dauerhaften Außeneinsatz geeignet.  
Maße: 117 x 75 x 89 cm

P224-1007286

389,00 € inkl. MwSt

### Wassersiebe 6er-Set

Maße (HxØ): 13 x 10 cm

P224-100851  
10,99 € inkl. MwSt



### Sandformen-Set „Eismacher“, 5-teilig

Hörnchen (HxØ): je 12 x 6 cm

P224-100846  
2,99 € inkl. MwSt

### Sandformen Set „Tiere“, 4-teilig

Maße: ca. 11 x 10 cm

P224-1003163  
3,79 € inkl. MwSt



### Sand- und Wassermühle

29 cm hohe Mühle mit 2 Rädern und mit abnehmbarem Trichter.

P224-100874 9,99 € inkl. MwSt



### Sandeimer

Maße (HxØ): 17 x 16 cm

P224-5552-??  
4,19 € inkl. MwSt

### Eimer „Glasklar“

Maße (HxØ): 17 x 16 cm

P224-100806  
6,99 € inkl. MwSt



gelb 10 rot 20 blau 30 grün 50



Unsere Hauptkatalog online blättern oder kostenlos anfordern auf [www.jetzt-kommt-kurth.de](http://www.jetzt-kommt-kurth.de) oder telefonisch unter 0 21 66 / 96 505 - 05



ENTDECKEN SIE UNSERE WELT!



# INHALT

<b>Impressum</b>	<b>3</b>
<b>Auf einen Blick</b>	<b>4</b>
<b>Prämie des Monats</b>	<b>5</b>

Schwerpunkt

## Kinderrechte und Kinderarmut



Schulsozialarbeit: „Alles ist immer ganz schnell weg“	6
Kinderhilfswerk: Warum Kinderarmut krank macht	10
Kinderrechte ins Grundgesetz: Zäher Prozess	14
Interview: Man muss dicke Bretter bohren	15
BAföG: Versprechen nicht eingelöst	18

## Hochschule und Forschung

Hochschulfinanzierung: Auf Kante genäht	20
---	----

## Dialog

Zeitschrift für Seniorinnen und Senioren	
Wenn Alter zum Risiko wird	23

## GEW-Intern

Mitgliederwerbung: Die GEW ist an Deiner Seite	27
Biografie: Ex-GEW-Vorsitzender Dieter Wunder	40

## Serie: Lehrkraft – Traumberuf!?

„Ich bin einfach ins kalte Wasser gesprungen“	31
„Ich wurde ins kalte Wasser geworfen“	32

Hintergrund

## Reform der Lehrkräftebildung

Vorschläge der KMK: Der Berg kreißte ...	34
Studie: „Ernüchternde Bilanz“	36

## Berufliche Bildung und Weiterbildung

Bundes-Tariftreuegesetz: „Da muss die Politik ran“	38
--	----

## fair childhood

Interview Problem Palmöl: „Für Kinder greifbarer“	42
---	----

## Nachruf

Max Kreuzer: Pionier der inklusiven Schule	44
--	----

## Mitgliederforum

45

## Gesellschaftspolitik

Betroffene des „Radikalenerlasses“ gesucht	47
--	----

## Diesmal

48

### Impressum

Erziehung und Wissenschaft · 76. Jg.  
ehemals: Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung

### Herausgeberin

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Vorsitzende: Maike Finnern

### Redaktion

Ulf Rödde (Leitung), Jürgen Amendt, Katja Wenzel  
Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt am Main  
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202

### Gestaltung

Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt am Main  
www.zplusz.de

### Verlag mit Anzeigenabteilung

Stamm Verlag GmbH, Essen  
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller  
Telefon 0201 84300-0, E-Mail: anzeigen@stamm.de  
www.erziehungundwissenschaft.de

**Anzeigenschluss:** am 5. des Vormonats



Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers bzw. der Verfasserin gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin dar.

Nutzungsrechte für digitale Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG unter [www.presse-monitor.de](http://www.presse-monitor.de).

Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Brutto-Bezugspreis p.a. 7,20 € zzgl. 11,30 € Zustellgebühr.

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

E&W im Web: [www.gew.de/ew](http://www.gew.de/ew)

## TARIFEINIGUNG ERZIELT!

*GEW und ver.di* haben mit dem Internationalen Bund (IB) am 4. März nach vier intensiven und schwierigen Verhandlungsrunden eine Tarifeinigung erzielt. Kernelemente sind Gehaltserhöhungen für alle Beschäftigten zwischen 12 und 20 Prozent ab dem 1. Januar 2025. Die Gewerkschaften setzten eine soziale Komponente in allen drei Entgelttabellen bis zur Entgeltgruppe 7 durch. Zusätzlich erreichten sie eine Erhöhung der Mitglieder-vorteilsregelung: GEW-Mitglieder erhalten im März 2025 einen Bonus in Höhe von 300 Euro, im März 2026 in Höhe von 350 Euro. Zudem vereinbarten die Tarifparteien weitere Verbesserungen wie eine Zulage für den Sozial- und Erziehungsdienst und zusätzliche freie Tage.

## GEW MIT STARKEM ERGEBNIS

*Die GEW Niedersachsen* hat bei den Personalratswahlen 2024 im Schulbereich klare Erfolge erzielt. Auf Landes- und Bezirksebene stellt die GEW auch weiterhin überall die Mehrheiten und hat diese teilweise sogar noch ausgebaut. So wird die Bildungsgewerkschaft im Schulhauptpersonalrat (SHPR) in den kommenden vier Jahren 18 der 25 Sitze einnehmen – zwei mehr als bislang. Der SHPR wird von allen Schulbeschäftigten in Niedersachsen gewählt. Landesweit erhielt die GEW 67,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. In den vier Schulbezirkpersonalräten (SBPR), die ebenfalls jeweils aus 25 Menschen bestehen, errang die GEW in Braunschweig 17 Sitze und in Hannover 16. Im SBPR Lüneburg hat die GEW einen Sitz dazugewonnen: Hier kommt sie nun ebenfalls auf 17 Sitze.

## VORGRIFFSSTUNDE FÜR LEHRKRÄFTE RECHTENS

*Im Kampf gegen den hohen Unterrichtsausfall* lässt Sachsen-Anhalt die Lehrkräfte seit fast einem Jahr eine Stunde pro Woche länger unterrichten – diese sogenannte Vorgriffsstunden-Regelung hat nun vor dem Obergericht des Landes Sachsen-Anhalt standgehalten. Anfang März lehnte das Gericht in Magdeburg die Normenkontrollanträge einer verbeamteten Lehrerin aus Magdeburg und eines angestellten Lehrers aus Haldensleben ab. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Revision ist nicht zugelassen. Die GEW-Landesvorsitzende Eva Gerth reagierte enttäuscht. Die Belastung der Kolleginnen und Kollegen sei hoch. Sie gehe davon aus, dass es viele Einzelklagen an den Arbeitsgerichten geben werde. Gerth verwies auf erhebliche Probleme bei der Auszahlung der geleisteten Vorgriffsstunden. Die Vorgriffsstunde wird auf einem Arbeitszeitkonto angespart. Lehrkräfte können die zusätzlichen Stunden ab dem Schuljahr 2033/34 abbauen. Alternativ kann die Vorgriffsstunde auf Antrag monatlich ausgezahlt werden.

## MEHR STUDIENANFÄNGERINNEN UND -ANFÄNGER

*Die Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger* ist im vergangenen Jahr erneut leicht gestiegen. Im Studienjahr 2023 haben sich nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) in Wiesbaden 481.500 Menschen erstmals für ein Studium an einer Hochschule in Deutschland eingeschrieben. Das waren 7.800 oder 1,6 Prozent mehr als im Studienjahr 2022. Damit ist die Erstsemesterzahl zum zweiten Mal in Folge gestiegen, liegt aber noch unter der für 2019, dem Jahr vor der Corona-Pandemie (508.700). Für den Anstieg 2022 war allein die gewachsene Zahl ausländischer Studierender verantwortlich. 2023 schrieben sich laut Destatis auch wieder mehr Studierende aus Deutschland erstmals an einer Hochschule ein. Ihre Zahl lag mit 305.900 um 1,9 Prozent höher als im Vorjahr, aber ebenfalls noch deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau (383.300). Hingegen waren mit 130.500 mehr ausländische Studienanfängerinnen und -anfänger als vor Corona eingeschrieben (125.400).



Foto: Shutterstock/GEW

NACH DEM „CORONA-TIEF“ IST DIE ZAHL DER ERSTSEMESTER AN DEN HOCHSCHULEN IN DEUTSCHLAND IM VERGANGENEN JAHR WIEDER GESTIEGEN.

# PRÄMIE DES MONATS



## April: LEGO-Box Classic

Die Start-Box von LEGO mit 484 Teilen in 35 Farben, darunter Fenster, Reifen und Felgen.  
Alles in der großen, gelben Aufbewahrungskiste.



**Mitmachen lohnt sich!**  
Ein neues GEW-Mitglied werben und  
Deine tolle Prämie gleich online anfordern:  
[www.gew.de/prämie](http://www.gew.de/prämie)



**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordere den Prämienkatalog an!**  
Per E-Mail: [mitglied-werden@gew.de](mailto:mitglied-werden@gew.de) | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211 oder per Coupon:

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon

PLZ/Ort

E-Mail

**Bitte den Coupon in Druckschrift vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102



Foto: Christoph Boeckeler

DIPLOM-PÄDAGOGIN INGA SCHMIEDL VOM TEAM DER MOBILEN PRAXIS AN DER WILHELM-HAUFF-SCHULE IN DARMSTADT-EBERSTADT TEILT AN JEDEM SCHULTAG EIN KOSTENLOSES FRÜHSTÜCK AUS. VIELE KINDER KOMMEN IN DIE SCHULE, OHNE ZU HAUSE GEFRÜHSTÜCKT ZU HABEN.

## „ALLES IST IMMER GANZ SCHNELL WEG“

**KATHRIN HEDTKE**  
freie Journalistin

*Kostenloses Frühstück, Zirkustraining im Sportunterricht, Gitarre lernen und Theater spielen – und vor allem: viel Unterstützung für die ganze Familie. Die Wilhelm-Hauff-Schule in Darmstadt-Eberstadt zeigt, wie die Folgen der Armut bei Kindern gemildert werden können.*

Vor der ersten großen Pause schnippeln sie Paprikas, Möhren, Bananen und Äpfel in kleine Stücke, waschen Weintrauben, schälen Mandarinen – und stellen die fertigen Obstteller auf einen Servierwagen. Ein blonder Junge in Jogginghose und zerschlissenen Spiderman-Hausschuhen klopft behutsam an die Tür. „Guten Morgen“, ruft Inga Schmiedl von der Mobile Praxis g.GmbH herzlich. „Magst du dir einen Teller aussuchen?“ Der Schüler strahlt, nimmt einen Porzellanteller in beide Hände und tapst damit zurück in sein Klassenzimmer: Dort geht

das Obst reihum, alle können sich etwas nehmen. Aus jeder Klasse der Wilhelm-Hauff-Schule holt ein Kind einen Teller für den gemeinsamen Snack. „Viele Kinder kommen in die Schule, ohne zu Hause gefrühstückt zu haben“, berichtet Sozialpädagogin Sabine Wilhelm, die gemeinsam mit Schmiedl das Team der Mobilen Praxis an der Grundschule leitet, „und ohne gefüllte Brotdose.“ Rings um die Wilhelm-Hauff-Schule reiht sich Hochhaus an Hochhaus, dazwischen Aldi und Woolworth. Die Kirchtannensiedlung in Eberstadt-Süd gilt in Darmstadt als sogenanntes Brennpunktviertel: Überdurchschnittlich viele Familien sind arm und auf Sozialleistungen angewiesen. „Darunter dürfen die Kinder nicht leiden“, betont Wilhelm. Ein kostenloses Frühstück in der Schule sei eine wichtige Maßnahme gegen Kinderarmut. Sie könnten auch einfach nur einzelnen Kindern einen Müsliriegel oder Apfel in die Hand drücken. „Aber das wäre ja furchtbar, so eine Stigmatisierung.“

Hinzu kommt: Viele Kinder hätten vielleicht einen Toast mit Nutella dabei, Chips oder Chicken Nuggets vom Vortag. „Sie sollen auch etwas Gesundes bekommen, ein paar Vitamine.“ Zudem gehe es um viel mehr als nur ums Essen. Die Kolleginnen schneiden sorgfältig alles klein und richten die Teller liebevoll her, „so etwas kennt nicht jedes Kind“. In einigen Familien arbeiten die Eltern im Schichtdienst und schlafen morgens noch, andere sind psychisch krank. „Es gibt Kinder, die in der Schule morgens ihr erstes nettes Wort hören.“

Die meisten Familien hätten sich nicht freiwillig ausgesucht, in Eberstadt-Süd zu wohnen, stellt die Geschäftsführerin der Mobilen Praxis, Susanne Flath, klar. „Sie haben wenig Wahl.“ Ein Schwerpunkt der Sozialarbeit ist, die Eltern zu stärken. Einmal pro Woche lädt Flath in der Schule zum Elterncafé ein. Hier unterstützt sie auch dabei, sich mit Ämtern und Behörden zurechtzufinden und Anträge zu stellen. „Zunächst geht es um die Grundsicherung“, betont die Sozialpädagogin: dass Geld für die Miete da ist, die Familie eine Wohnung hat und ihr Aufenthaltsstatus sicher ist. Viele Familien sind neu in Deutschland, mit der Sprache hapert es oft noch. „Wir kommen mit ihnen ins Gespräch und helfen ihnen, im Stadtteil gut anzukommen“, ergänzt Schmiedl. Wie funktioniert die Anmeldung für die Kita? Wo gibt es schöne Spielplätze? Wo können sie andere Menschen kennenlernen?

Mitunter lebten sechs Menschen in einer Zweizimmerwohnung, viele Eltern litten unter Schulden oder

anderen Sorgen, gibt Flath zu bedenken. Kein Wunder, dass ein Kind etwa seinen Turnbeutel vergisst. Deshalb verzichtet die Grundschule auch bewusst auf Hausaufgaben und setzt auf Lernzeit, also auf zusätzliche, von Lehrkräften begleitete Übungsstunden in der Einrichtung. „Einige Eltern schaffen es einfach nicht, alle Bedürfnisse ihrer Kinder im Blick zu haben“, erklärt die Sozialpädagogin. Zum Beispiel, sie im Verein anzumelden, zum Sport zu bringen oder ihnen nachmittags bei den Hausaufgaben zu helfen. Natürlich gebe es auch viele Eltern, die sich großartig um ihre Kinder kümmern und bei Festen leckere Speisen fürs Büffet mitbringen. Aber eben nicht alle.



*Einige Eltern schaffen es einfach nicht,  
alle Bedürfnisse ihrer Kinder  
im Blick zu haben.*



SUSANNE FLATH,  
SOZIALPÄDAGOGIN

Deshalb spielen die Sozialarbeit und die enge Kooperation mit den Lehrkräften der Schule eine so wichtige Rolle. Die Fachkräfte bauen Beziehungen zu den Kindern auf – und gucken, was diese brauchen. Friert ein Schüler im Winter, besorgen sie kurzerhand bei der Kleiderkammer der katholischen Kirchengemeinde eine warme Jacke. Auch die Freizeitaktivitäten sollen nicht zu kurz kommen. In AGs können die Kinder nachmittags Trompete und Gitarre lernen, Trampolin springen oder Theater spielen. Mit einem Waldpädagogen erkunden die Klassen die Natur, ein mobiler Streichelzoo bringt Meerschweinchen und Kaninchen auf den Schulhof. Und für alle 4. Klassen bietet Circus Waldoni ein professionelles Zirkustraining. „Es geht darum, das Selbstbewusstsein der Kinder zu stärken“, sagt Wilhelm.

### **Kostenloses Frühstück, Lernhilfe und Deutschkurse**

Das kostenlose Frühstück, die AGs, Ausflüge und noch viel mehr finanziert die Dotter-Stiftung. „Das ist ein absoluter Segen für den Stadtteil“, findet Wilhelm.

Nur ein paar Meter von der Grundschule entfernt





WENIGE METER VON DER WILHELM-HAUFF-SCHULE IN DARMSTADT ENTFERNT BEFINDET SICH DAS FAMILIENZENTRUM „GEMEINSAM STARK IN EBERSTADT“. HIER ERHALTEN ELTERN BEI BEDARF AUCH INDIVIDUELLE UNTERSTÜTZUNG. „DIE ANGEBOTE RICHTEN SICH IMMER DANACH, WAS DIE FAMILIEN BRAUCHEN“, ERLÄUTERT ANNE AKINSARA-MINHANS VOM MOBILE-PRAXIS-TEAM.

Fotos: Christoph Boeckeler

>>> befindet sich das Familienzentrum „Gemeinsam stark in Eberstadt“: Dort wird mehrmals pro Woche ein offener Eltern-Kind-Treff angeboten, dienstags gibt es Musik und donnerstags einen Treff für Familien aus der Ukraine. Bei Bedarf erhalten Eltern auch individuelle Unterstützung. „Im Stadtteil gibt es viele tolle Angebote“, sagt Anne Akinsara-Minhans von Mobile Praxis, zuständig für die Verwaltung des Familienzentrums. Deshalb haben sich alle Träger zusammengeschlossen, die schon lange im Stadtteil aktiv sind – unter anderem Caritas, Kirche, Eberschaftshilfe und Mobile Praxis, unterstützt von der Bezirksverwaltung und der Dotter-Stiftung – und haben das Familienzentrum vor zwei Jahren gegründet. „Die Angebote richten sich immer danach, was die Familien brauchen“, erläutert Akinsara-Minhans.



*Die Kinder werden hier gesehen –  
als Individuum und als Teil eines Ganzen.*



SABINE WILHELM,  
SOZIALPÄDAGOGIN

Weil so oft Eltern nachgefragt haben, bietet die Mobile Praxis jetzt zum Beispiel an zwei Nachmittagen eine offene Lernhilfe an: Alle Kinder können vorbeikommen, wenn sie Hilfe für eine Klassenarbeit oder eine Präsentation benötigen. „Das Angebot richtet sich explizit an Familien, die sich keine Nachhilfe leisten können.“ Und weil auch immer wieder gerne Mütter mitkämen, die nicht gut Deutsch sprechen, gibt es für sie jetzt ein eigenes Lernangebot.

Was Wilhelm an der Arbeit in Eberstadt besonders schätzt: „Die Kinder werden hier gesehen – als Individuum und als Teil eines Ganzen.“ Auf dem Pausenhof kommt ein Mädchen angehüpft und ruft fröhlich: „Hallo, Frau Wilhelm!“ Die Drittklässlerin erzählt, dass ihre Mutter gerade mit dem vierten Kind schwanger sei. Die Sozialpädagogin nimmt sie in den Arm. „Ich kenne sie, seit sie ein Baby war“, berichtet sie. Damals besuchte sie die Familie im Auftrag des Jugendamts mehrmals pro Woche, um den Kinderschutz sicherzustellen, war auch später in der Kita als Fallberatung weiter für das Mädchen zuständig. „Es ist herrlich, die Entwicklung der Kinder zu sehen“, sagt Wilhelm.

In der Pause sind an der Wilhelm-Hauff-Schule auf dem Schulhof zwölf Kolleginnen und Kollegen der Mobilen Praxis im Einsatz. Eine Sozialpädagogin schwingt ein



Springseil, ein paar Meter weiter spielt ein Kollege mit einem Schüler zu zweit Federball. „Wichtig ist, dass die Kinder jederzeit Ansprechpartnerinnen und -partner haben“, erläutert Wilhelm. „Sonst geht es hier ziemlich ab.“ Einige Schüler würden dann ziellos herumlaufen und andere Kinder schubsen. Oft stecke der Wunsch dahinter, in Kontakt zu treten. Aber sie müssten noch lernen, wie so etwas gelinge, ohne andere Kinder zu ärgern. Ein Mädchen aus der Klasse 3a klingelt mit einer Glocke: Die Pause ist gleich zu Ende – und alle Kinder müssen ihre ausgeliehenen Spielgeräte zurückgeben. Nach der Schule hat die Schülerin heute Gitarren-AG, außerdem spielt sie Theater und dreht Filme. „Das macht mir besonders Spaß!“ Toll findet sie auch den Obstteller. Allerdings legt sie Wert darauf, dass sie selbst immer eine Brotbox dabei hat, „noch nie vergessen“. Vor allem mag sie Gurke und Apfel. Alle Kinder freuten sich darüber, sagt das Mädchen. „Alles ist immer ganz schnell weg.“ ■

## Kindergrundsicherung

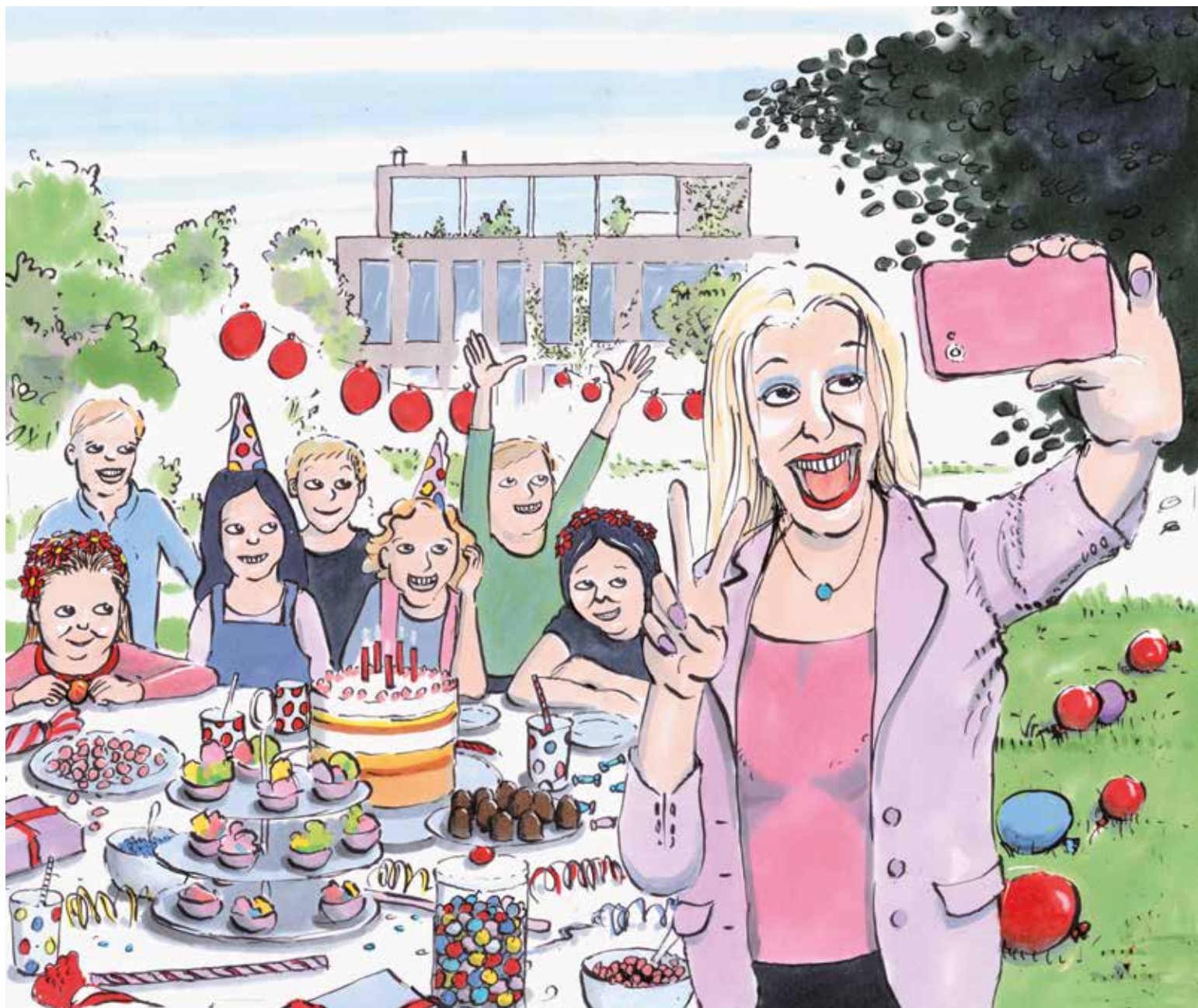
Jedes fünfte Kind in Deutschland gilt als arm oder armutsgefährdet. Die neue Kindergrundsicherung soll deren Startchancen verbessern. „Doch was ist das für eine Reform, die nicht für alle Kinder gilt?“, kritisiert Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit. Der Gesetzentwurf der Koalition sieht vor, die Leistung an den Aufenthaltsstatus zu knüpfen. Außen vor bleiben sollen Kinder, deren Eltern asylsuchend oder geduldet sind. „Die Kindergrundsicherung darf niemanden ausgrenzen“, stellt Siebernik klar. Das gilt auch für Kinder, deren Eltern arbeitslos sind und Bürgergeld beziehen. Die Pläne sehen vor, diese in der Zuständigkeit der Jobcenter zu belassen. „Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten – und nicht Anhängsel ihrer Eltern“, betont Siebernik. Gemeinsam mit dem Bündnis Kindergrundsicherung fordert die GEW, die Mittel deutlich zu erhöhen. Von den ursprünglich veranschlagten 7,5 Milliarden Euro für die Kindergrundsicherung sind nur noch 2,4 Milliarden Euro vorgesehen.

K.H.



RUND 200 KINDER BESUCHEN DIE WILHELM-HAUFF-SCHULE IN DARMSTADT. SIE KOMMEN AUS EINEM VIERTEL, IN DEM ÜBERDURCHSCHNITTlich VIELE FAMILIEN ARM SIND.

Cartoon: Freimut Woessner



## WARUM KINDERARMUT KRANK MACHT

### **THOMAS KRÜGER**

Präsident des Deutschen Kinderhilfswerks,  
unter Mitarbeit von Till Mischko, Deutsches Kinderhilfswerk

*Kinder aus armen Verhältnissen haben häufig mit psychischen Problemen zu kämpfen, die aus ihrer prekären*

*Lage resultieren. Es braucht weitreichende Unterstützungsangebote, um ihnen zu helfen.*

Die neuesten Zahlen der Bertelsmann Stiftung zeigen ganz klar: Die Kinderarmut in Deutschland ist weiter auf einem skandalösen Niveau: 2,88 Millionen Kinder und Jugendliche, die jünger als 18 Jahre sind, gelten als armutsgefährdet. Von klein auf sind sie Diskriminierungen ausgesetzt und erleben Gefühle der Scham und der Ausgrenzung. Für einen Großteil von ihnen wird Armut später zu einem dauerhaften Zustand, der sie ein ganzes Leben lang begleitet. Gleichzeitig sind die Gefahren eines sozialen Abstiegs als Folge multipler Krisen gewachsen. So sind beispielsweise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine die Lebenshaltungskosten stark gestiegen, und auch die Covid-19-Pandemie wirkt sich bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt negativ auf die Ökonomie aus.

Zwar wird beim Thema Kinderarmut häufig über den materiellen Mangel oder fehlende gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen gesprochen, die damit zusammenhängenden psychischen Belastungen werden dagegen in der öffentlichen Diskussion weit weniger thematisiert. Dabei zeigt eine Erhebung des Robert Koch-Instituts (RKI), dass bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit niedrigem Einkommen im Vergleich zu Gleichaltrigen aus der mittleren beziehungsweise hohen Einkommensgruppe häufiger psychische Auffälligkeiten auftreten. Besonders deutlich wird diese Diskrepanz nach der Covid-19-Pandemie, Schulkindern aus armen Haushalten geht es heute viel schlechter als Gleichaltrigen aus ökonomisch abgesicherten Verhältnissen. Die Symptome reichen dabei von Schlafstörungen und Einsamkeitsgefühlen bis hin zu Depressionen.

### Stigmatisierungen und Schamgefühle

Sozioökonomisch benachteiligte Kinder sind von vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen und erfahren häufig eine schlechtere gesundheitliche Versorgung. Zudem haben sie im Bildungssystem nicht die gleichen Chancen wie andere Kinder. Darüber hinaus sind sie häufig klassistischen Stigmatisierungen oder stereotypen Zuschreibungen ausgesetzt, die gesellschaftlich tief verankert sind. Eine weitläufige Unterstellung lautet etwa, dass Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger den Sozialstaat bewusst ausnutzen, um nicht arbeiten zu müssen. Durch Vorurteile wie diese, die dann auch auf die Kinder übertragen werden, wird die Ver-




**Chronische Schmerzen?  
Schmerztherapie,  
die hilft!**

**Kostenlose Beratungs-Hotline:  
0800 1983 198**

Das Schmerztherapiezentrum Bad Mergentheim ist auf die Behandlung chronischer Schmerzzustände verschiedenster Ursachen spezialisiert.

**Sie dürfen von uns eine rundum hoch qualifizierte Behandlung erwarten:**

- spezielle Therapiekonzepte, die fast 40 Jahre Klinikerfahrung widerspiegeln
- einen individuell auf Ihre Erfordernisse zugeschnittenen Behandlungsaufbau
- eine maßgeschneiderte Kombination aus schulmedizinischen und alternativen/naturheilkundlichen Behandlungen
- eine Beratung auf Augenhöhe mit Ihnen

**Wir beraten Sie individuell und sind mit Herz & Kompetenz gerne für Sie da. Rufen Sie uns unter unserer kostenlosen Beratungs-Hotline an!**

**SZ Schmerztherapiezentrum  
Bad Mergentheim**  
Fachklinik für Spezielle Schmerztherapie  
und Schmerzpsychotherapie

Schönbornstr. 10 · 97980 Bad Mergentheim  
Tel.: 07931 5493-44 · info@schmerzlinik.com

[www.schmerzlinik.com](http://www.schmerzlinik.com)



**unicef**  
für jedes Kind

**UNICEF-ANGEBOTE  
FÜR SCHULEN**

**LAUFEN FÜR DEN FRIEDEN**  
[www.unicef.de/laufen](http://www.unicef.de/laufen)

**INT. TAG DER KINDERRECHTE**  
[www.unicef.de/kinderrechtetag](http://www.unicef.de/kinderrechtetag)

**KINDERRECHTE IM  
UNTERRICHT**  
[www.unicef.de/unterricht](http://www.unicef.de/unterricht)

Wusstest du, dass du Rechte hast?

KONVENTION ÜBER DIE RECHTE DES KINDES

Cartoon: Freimut Woessner



>>> antwortung für die Lebenssituation einseitig auf das Individuum, im Falle von Kinderarmut also auf die Eltern und nachfolgend die Kinder, abgeschoben. Damit verbunden sind für viele Kinder Gefühle tiefer Scham und Ausgrenzung, wie die Bertelsmann-Studie zeigt. Arme Kinder können beispielsweise selten Freundinnen und Freunde nach Hause einladen, da es an geeignetem Wohnraum mangelt. Für Geburtstagsgeschenke, Klassenfahrten oder Freizeitangebote fehlen häufig die finanziellen Mittel. Unterstützung gibt es nur auf Antrag, der stigmatisiert, weil die Kinder und ihre Familien intime Fragen über ihre Lebensverhältnisse beantworten müssen. Um mit den daraus resultierenden Schamgefühlen umgehen zu können, entwickeln viele Kinder bereits früh Vermeidungsstrategien und melden sich beispielsweise krank oder erfinden Ausreden. Sozioökonomisch benachteiligte Kinder fühlen sich so schon in jungen Jahren der Gesellschaft wenig zugehörig. Studien zeigen zudem, dass sie auch häufig körperliche und emotionale Gewalt erleben müssen. Außerdem wird das in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verankerte Recht auf Beteiligung (Artikel 12) durch die ungleichen sozioökonomischen Ausgangslagen

eingeschränkt. Denn Armut bedeutet nicht nur, ökonomisch benachteiligt zu sein; für finanziell benachteiligte Kinder ist auch der Zugang zum kulturellen Leben und zu digitalen Teilhabemöglichkeiten schwierig. Zudem haben sie schlechtere Chancen auf Erfolg im Schulsystem und damit auf ihrem weiteren Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsweg.

### Stärkung der psychischen Gesundheit

In einer gemeinsamen Stellungnahme fordern das Deutsche Kinderhilfswerk sowie verschiedene Verbände für Kinder- und Jugendpsychiatrie bzw. -psychotherapie deshalb einen stärkeren Fokus auf Fragen der psychischen Gesundheit und der Resilienzförderung im Bildungssystem. Die Vorschläge zur Prävention psychischer Erkrankungen haben vor dem Hintergrund der Kinderarmut und gesellschaftlicher Ausgrenzungen besondere Brisanz. Gefordert wird in dem Appell unter anderem weniger Leistungsdruck sowie Zeit und Raum für den gemeinsamen Austausch in den Bildungsinstitutionen. Dafür braucht es beispielsweise eine multiprofessionelle Ausstattung der Schulen sowie die Kooperation der Lehrkräfte mit Schulsozialarbeitenden, Gesundheitsfach-

kräften sowie Schulpsychologinnen und -psychologen, an die sich Kinder bei Ängsten und Sorgen wenden können. Diese können im Zweifelsfall in Rücksprache mit Therapeutinnen und Therapeuten, die auf Kinder und Jugendliche spezialisiert sind, in weiterführende Angebote vermitteln.

Nicht erst durch die Covid-19-Pandemie ist deutlich geworden, dass es Engpässe bei der kinder- und jugendpsychotherapeutischen bzw. -psychiatrischen Versorgung gibt. Ein Vorschlag lautet deshalb, dieses Problem durch kleinere Versorgungsgebiete und zusätzliche Praxen anzugehen. Vorstellbar ist zudem, dass sich mehrere Kinder- und Jugendpsychotherapeutinnen bzw. -therapeuten einen Kassensitz teilen, wenn sie nicht in Vollzeit tätig sind. Eine kurzfristige Entlastung könnte ebenso durch die zeitlich begrenzte Abrechnungsmöglichkeit ohne Kassensitz erreicht werden.

**Es braucht eine großangelegte Strategie, um Kinderarmut erfolgreich zu bekämpfen.**

Vor dem Hintergrund dieser Forderungen, die vor allem auf die psychische Gesundheit der Kinder zielen, ist es jedoch wichtig, dass die soziale Absicherung sozioökonomisch benachteiligter Kinder verbessert wird.

In dem Kernforderungspapier „Gleiche Teilhabechancen für armutsbetroffene Kinder“ plädiert das Deutsche Kinderhilfswerk deshalb unter anderem für eine bedarfsgerechte Berechnung des Existenzminimums der Kinder sowie die Einführung einer finanziell gut ausgestatteten Kindergrundsicherung. Dadurch könnte ein System der Familienförderung geschaffen werden, das soziale Ungleichheiten abbaut, statt diese noch zu verstärken. Hier liegt ein wichtiger Anker, das häufig generationenübergreifende Problem der Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.

Gleichzeitig könnte eine Bündelung der Leistungen im Rahmen einer Kindergrundsicherung den Zugang zu Leistungen vereinfachen und dazu beitragen, dass diese tatsächlich bei den betroffenen Familien und ihren Kindern ankommen. Ziel ist eine nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut, um die sozialen und entwicklungspsychischen Folgen permanenter Existenznöte abzumildern. Dementsprechend müssen auch Themenfelder wie Gesundheit, Wohnen, Stadtgestaltung oder die Beteiligung der Kinder unter einem armutspräventiven Blickwinkel beleuchtet werden, um das Recht auf soziale Teilhabe langfristig zu verbessern. ■



Film  
Macht  
Mut

**Rassismus- und antisemitismuskritische  
Filmvermittlung für die 1. bis 6. Klasse**



## **Pädagogisches Material und Kurzfilme**

frei verfügbar auf unserer Webseite

### **FORTBILDUNGEN** für Pädagog\*innen

- **Zwischen Schulhof und Kino** – Antisemitische Bilder und Motive im Film
- **Vom Stummfilm zu Jim Knopf** – Mit Filmen Rassismus sehen lernen
- **Jüdisch-Muslimische Allianzen in der Filmbildung** – Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus zusammendenken
- **Rassismus- und antisemitismuskritische Bildungsarbeit** mit den Modulen von Film Macht Mut

### **WORKSHOPS** für Schulklassen von der 1. bis 6. Klasse

Mehr Informationen und Buchung:

[www.filmmachtmut.de](http://www.filmmachtmut.de)

Unsere Angebote sind für Sie kostenfrei.

Ein Projekt der VISION KINO gGmbH,  
gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

# ZÄHER PROZESS



**JEANNETTE GODDAR**  
freie Journalistin

*Seit über 30 Jahren mühen sich jugendpolitisch Engagierte, die Rechte der Kinder auch in Deutschlands höchstem Recht, dem Grundgesetz, zu verankern. Doch über die Formulierung wird sich die Politik nicht einig.*

Auf der Website [www.kinder-ministerium.de](http://www.kinder-ministerium.de) steht es neben einer Geburtstagstorte zum 30. Jubiläum der UN-Kinderrechtskonvention (United Nations, UN-KRK) schwarz auf weiß geschrieben: „Damit die Kinderrechte in Deutschland noch besser beachtet werden, setzt sich das Bundeskinderministerium dafür ein, die Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen.“ In kindgerechter Sprache führt das 2023 gestartete Internetangebot des Bundesministeriums für Familie, Soziales, Frauen und Jugend von Lisa Paus (Grüne) junge Menschen in die Welt ihrer Rechte ein.

Zugleich sagt einem der Realitätssinn: Mit der schon vor über 30 Jahren erstmals von der Jugendministerkonferenz geforderten Einführung wird es auch in dieser Legislaturperiode wohl nichts werden. Zwar spricht sich auch der Koalitionsvertrag dafür aus, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Doch es läuft nicht nur die Zeit weg. Auch der Stillstand bei dem ebenfalls schwebenden Entwurf für ein Demokratiefördergesetz macht nicht gerade Mut, dass es mit einem Konsens klappt. Und selbst wenn die Ampel sich einig würde: Für die Änderung des Grundgesetzes müssen zwei Drittel

der Mitglieder in Bundestag und Bundesrat zustimmen, also auch weite Teile der CDU/CSU und von ihnen regierte Länder.

## Grundgesetzreform scheiterte bislang an der CDU/CSU

Dabei war schon die Vorgängerregierung so optimistisch, dass sie den Vereinten Nationen in ihrem jüngsten Bericht zur Umsetzung der UN-KRK eine Grundgesetzreform schon einmal angekündigt hatte: Bis Ende 2019 werde ein Vorschlag vorliegen. Den handelten Bund und Länder in einer Arbeitsgruppe dann auch termingerecht aus – indes mit mehreren Varianten.

Um in der bis 2021 regierenden Großen Koalition einen Kompromiss zu erzielen, entschied sich das SPD-geführte Bundesjustizministerium für die am wenigsten weit gehende Formulierung. Diese nahm vor allem Rücksicht darauf, dass die CDU, wie es Fraktionsvize Torsten Frei nannte, einen „übergriffigen Staat“ fürchtete. Um dem gerecht zu werden, sollte Artikel 6, der Ehe und Familie schützt, um folgende Formulierung ergänzt werden: „Die verfassungsmäßigen Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten sind zu achten und zu schützen. Das Wohl des Kindes ist angemessen zu berücksichtigen. Der verfassungsrechtliche Anspruch von Kindern auf rechtliches Gehör ist zu wahren. Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“ Die Formulierung „angemessen“, die weit hinter dem in der UN-KRK festgehaltenen „vorrangig“ zurückbleibt, sowie ein fehlendes Beteiligungsrecht gingen unter anderem den Grünen nicht weit genug.

Laut des aktuellen Koalitionsvertrags will – oder muss man sagen: wollte? – die Ampel sich nun „maßgeblich an den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention“ orientieren. ■

# „WIR HABEN IN DEUTSCHLAND SEHR DICKE BRETTEN ZU BOHREN“



Foto: DIMR/B. Dietl

CLAUDIA KITTEL

LEITET DIE MONITORING-STELLE UN-KINDERRECHTSKONVENTION DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR MENSCHENRECHTE MIT SITZ IN BERLIN.

**INTERVIEW: JEANNETTE GODDAR**  
freie Journalistin

*Wie könnten Kinder und Jugendliche von einer Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz profitieren? E&W hat bei Claudia Kittel vom Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) nachgefragt.*

**E&W:** Das Deutsche Institut für Menschenrechte setzt sich seit Jahren dafür ein, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Warum?

**Claudia Kittel:** Mit Blick auf die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen (United Nations, UN) hat Deutschland ein großes Umsetzungsproblem – und das

seit mehr als 30 Jahren. Für die Pflicht des Staates, alle Kinder und Jugendlichen vor Diskriminierung zu schützen, gilt das ebenso wie für ihr Recht auf Beteiligung. Dabei verpflichtet die Konvention alle Staaten, regelmäßig über Verbesserungen zu berichten. Rückschritte werden nur im Falle von Krieg oder humanitärer Katastrophen toleriert.

**E&W:** Was würde sich mit der Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz verbessern? Die UN-Konvention ist doch geltendes Recht?

**Kittel:** Ja! Überall dort, wo Kinder und Jugendliche von Verwaltungshandeln betroffen sind, von der Bildung bis zur Stadtplanung, müsste sie Beachtung finden. Doch ihre Regelungen sind viel zu wenig bekannt – auch bei jenen, die Recht anwenden. Eine Einführung der Kinderrechte ins Grundgesetz würde das ändern. >>>



Grafik: zplusz

**E&W:** *Zugleich haben Sie den 2021 von der damaligen Großen Koalition vorgelegten Entwurf heftig kritisiert. Warum?*

**Kittel:** Weil eine Regelung im Grundgesetz nicht hinter die völkerrechtlichen Vorgaben zurückfallen darf. Das war aber in dem Entwurf – vom Diskriminierungsverbot bis zum Recht auf Beteiligung – geschehen. Er wäre auch hinter der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zurückgeblieben. Das hat schon 1969 eine weitergehende Formulierung zu Kindern als eigenständigen Rechtssubjekten verwendet.

**E&W:** *Wie sieht es mit der Einklagbarkeit aus? Ein Kind kann sich schlecht einen Anwalt nehmen, wenn es seine Rechte verletzt sieht.*

**Kittel:** Doch, das sieht die Konvention – in den zu ihr gehörenden General Comments – in bestimmten Fällen durchaus vor. Österreich zeigt, wie es gehen kann: Dort sorgen spezialisierte Kinderanwältinnen und -anwälte dafür, dass Kinder und Jugendliche vor Gericht selbst Beschwerde führen können. Ein anderer Weg sind außergerichtliche Beschwerdeinstanzen, wie sie seit einigen Jahren mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz auch in Deutschland für alle Kinder und Jugendlichen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) VIII beziehen, vorgeschrieben sind.

**E&W:** *Was sind das für Beschwerdestellen?*

**Kittel:** Ombudsstellen, an die sich junge Menschen und deren Sorgeberechtigte wenden können, die ihre Rechte verletzt sehen. Wer zum Beispiel in einer stationären Einrichtung lebt und denkt, ihm oder ihr sei unrechtmäßig das Taschengeld gekürzt worden, kann sich dort für eine

außergerichtliche Einigung melden. Auch der gesamte Kita-Bereich fällt unter das SGB VIII. Bei diesen Ombudsstellen könnten also auch kleine Kinder beziehungsweise deren Eltern mehr Beteiligung einfordern. Seit 2021 sind diese Stellen auf Landesebene vorgeschrieben – und bieten viel Potenzial.



*Österreich zeigt, wie es gehen kann: Dort sorgen spezialisierte Kinderanwältinnen und -anwälte dafür, dass Kinder und Jugendliche vor Gericht selbst Beschwerde führen können.*



CLAUDIA KITTEL,  
DEUTSCHES INSTITUT FÜR MENSCHENRECHTE

**E&W:** *Welche Kinder und Jugendlichen würden von einer Regelung im Grundgesetz besonders profitieren?*

**Kittel:** Verbessern würde sich für alle etwas. Wird darin – wie es die Kinderrechtskonvention vorsieht – ein Recht auf Beteiligung eingeführt, könnten Kinder und Jugendliche die Gesellschaft und ihre Umgebung aktiv mitgestalten. Auch würde es für sie leichter, sich zu organisieren. Ein Erwachsener, der sich mehr Radwege wünscht, kann dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub beitreten. Kindern steht ein solcher Weg häufig nicht offen. Viele Vereine haben Altersgrenzen, Gründungen



sind noch komplizierter. Doch wenn der Staat die Stimmen der Kinder und Jugendlichen hören muss, steht er in der Pflicht, Zusammenschlüsse, in denen sie diese erheben können, zu ermöglichen. Das DIMR blickt auf eine Reihe Gruppen, die bislang keine Stimme, aber sehr spezielle Probleme haben: etwa Kinder und Jugendliche, die auf der Straße leben; Kinder von Inhaftierten; Kinder, die – weil ihre Eltern nirgends gemeldet sind – keine Geburtsurkunde bekommen.

**E&W:** Haben Sie Hoffnung, dass sich an den großen Themen Kinderarmut und Bildungsgerechtigkeit durch eine Regelung im Grundgesetz etwas ändern würde?

**Kittel:** Aus internationalen Studien wissen wir: Wo Instrumente der Kinderrechtskonvention – inklusive Daten- und Beschwerdemanagement, Ombudspersonen und Gesetzesfolgenabschätzungen – umgesetzt sind, kann sich vieles zum Positiven verändern. Allerdings haben wir in Deutschland sehr dicke Bretter zu bohren. Es gibt große Gruppen in vulnerablen Lebenssituationen; etwa all die Kinder und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte, die auch laut den Vereinten Nationen zu häufig Diskriminierungserfahrungen machen. Insofern bin ich nicht sehr optimistisch, was schnelle Änderungen angeht.

**E&W:** Sie sind Kindheitspädagogin. Bieten stärkere Kinderrechte auch mit Blick auf demokratische(re) Kitas und Schulen eine Chance?

**Kittel:** Unbedingt. Die UN-Konvention verpflichtet bereits heute alle Bildungseinrichtungen, Kinder und Jugendliche altersgemäß über ihre Rechte zu informieren. Das müsste also auch in Bildungs- und Lehrplänen stehen – was aber nicht in allen Bundesländern der Fall ist. Eine positive Ausnahme ist Hessen, das die Verbreitung der Kinderrechte fest im Lehrplan verankert hat. Sobald sich alle Kitas und Schulen beteiligen, dürften auch dort die Interessen der verschiedenen Gruppen anders abgewogen werden: bei Entscheidungen über Versetzungen ebenso wie zu Umgangsformen im Unterricht und zu Lerninhalten. Ein Instrument wie der Klassenrat ist da nur ein Beispiel. Ich bin überzeugt: Erleben Kinder, dass nicht über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, stärkt das ihre Toleranz und ihr Verständnis von Demokratie\*. ■

\*s. E&W-Schwerpunktheft „Mitbestimmung in Bildungseinrichtungen“ (1/2022), „Krise der Demokratie: Herausforderungen für das Bildungssystem“ (4/2022) und „Demokratiebildung“ (9/2023)



# Zähl Mit!

Bei der **Stunde der Wintervögel**  
am ersten Januarwochenende  
&  
der **Stunde der Gartenvögel**  
am zweiten Maiwochenende

Mehr Infos unter  
[www.stundederwintervoegel.de](http://www.stundederwintervoegel.de)  
&  
[www.stundedergartenvoegel.de](http://www.stundedergartenvoegel.de)



# STARTKLAR

für Nachhaltigkeit  
im Schulalltag

Über 20.000 nachhaltige  
Produkte für Ihr grünes  
Klassenzimmer



# 10 €

Gutschein ab 49 € netto\*  
Aktionscode: **AZEW24**



[memo.de](http://memo.de)

\* Gültig bis 31.12.2024 ab einem Bestellwert (ohne Versandkosten) von € 49,- netto. Nur einmalig und nicht nachträglich einlösbar, keine Barablösung und nicht mit anderen Aktionen kombinierbar. Im Übrigen gelten die AGB unter [memo.de/agb](http://memo.de/agb)

# VERSPRECHEN NICHT EINGELÖST

VERENA KERN  
freie Journalistin

*Für junge Menschen aus ärmeren Familien ist der Bildungsweg voller Hürden. Das BAföG ändert daran wenig.*

Als Bildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) kürzlich ihre BAföG-Reform präsentierte, erhielt sie auf der Plattform X aus Parteikreisen viel Lob. „Wir wollen dem Wort Aufstiegsversprechen wieder die Bedeutung geben, die es verdient hat“, schrieb zum Beispiel der Fraktionsvorsitzende der Liberalen im Bundestag, Christian Dürr. „Denn ein Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.“ Genau das war der Grundgedanke der Bundesausbildungsförderung, die vor mehr als 50 Jahren eingeführt wurde. Bildung soll für alle möglich sein, nicht nur für Kinder aus wohlhabenden Familien. Doch das BAföG wird seiner Aufgabe schon seit vielen Jahren nur noch sehr eingeschränkt gerecht. Nur 335.000 Studierende wurden laut Statistischem Bundesamt 2022 im Monatsdurchschnitt gefördert. Das entspricht rund 11 Prozent. Zählt man auch die Geförderten hinzu, die nicht das ganze Jahr über BAföG erhalten, sondern nur zeitweise, steigt die Zahl auf 489.000. Gut die Hälfte erhielt eine Vollförderung, also die maximale Fördersumme. Insgesamt ist damit bei den Gefördertenzenzahlen wieder das Niveau aus der Zeit vor der Covid-19-Pandemie erreicht. Die Förderquote liegt allerdings immer noch weit unter der früherer Jahrzehnte. Zum Vergleich: Bei der Einführung des BAföG 1972 betrug die Quote der Geförderten annähernd 45 Prozent, 2011 lag sie immerhin noch bei 19 Prozent.

Noch bescheidener sieht es beim Schüler-BAföG aus. Von rund 3,2 Millionen Schülerinnen und Schülern in der Sekundarstufe II an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen wurden 2022 im Schnitt lediglich 84.000 gefördert – viel zu wenig, wenn man bedenkt, dass laut Kinderhilfswerk mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland arm oder armutsgefährdet ist. Wenn man noch die zeitweilig Geförderten dazuzählt, waren es 141.000. Beide Zahlen stellen ein deutliches Minus zum Vorjahr dar und folgen damit einem langjährigen Trend.

**Kinder aus einkommensschwachen Familien stoßen schon in der Schule auf hohe Hürden.**

Die Regierung Helmut Kohl (CDU) setzte vor rund 40 Jahren beim BAföG radikal den Rotstift an. Für Studierende wurde die Förderung auf VollDarlehen umgestellt und belastete die Geförderten mit hohen Schuldenbergen. Für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen ab Klasse 10 wurde das BAföG praktisch abgeschafft. „Wer eine weiterführende allgemeinbildende Schule besucht, etwa ein Gymnasium oder eine Gesamtschule, erhält in der Sekundarstufe II in der Regel keine Förderung, während Gleichaltrige, die eine duale Berufsausbildung absolvieren, Ausbildungvergütung beziehen“, sagt GEW-Vorstand Andreas Keller. „Für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen oder ohne akademischen Hintergrund ist das nach wie vor ein Grund, kein Abitur zu machen, sondern schnell das erste Geld nach Hause zu bringen.“ Nur 46 Prozent dieser Kinder erreichen die gymnasiale Oberstufe, das zeigt der „Bildungstrichter“ des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Bei Kindern aus akademischen Familien sind es hingegen mit 83 Prozent fast doppelt so viele. „Die GEW



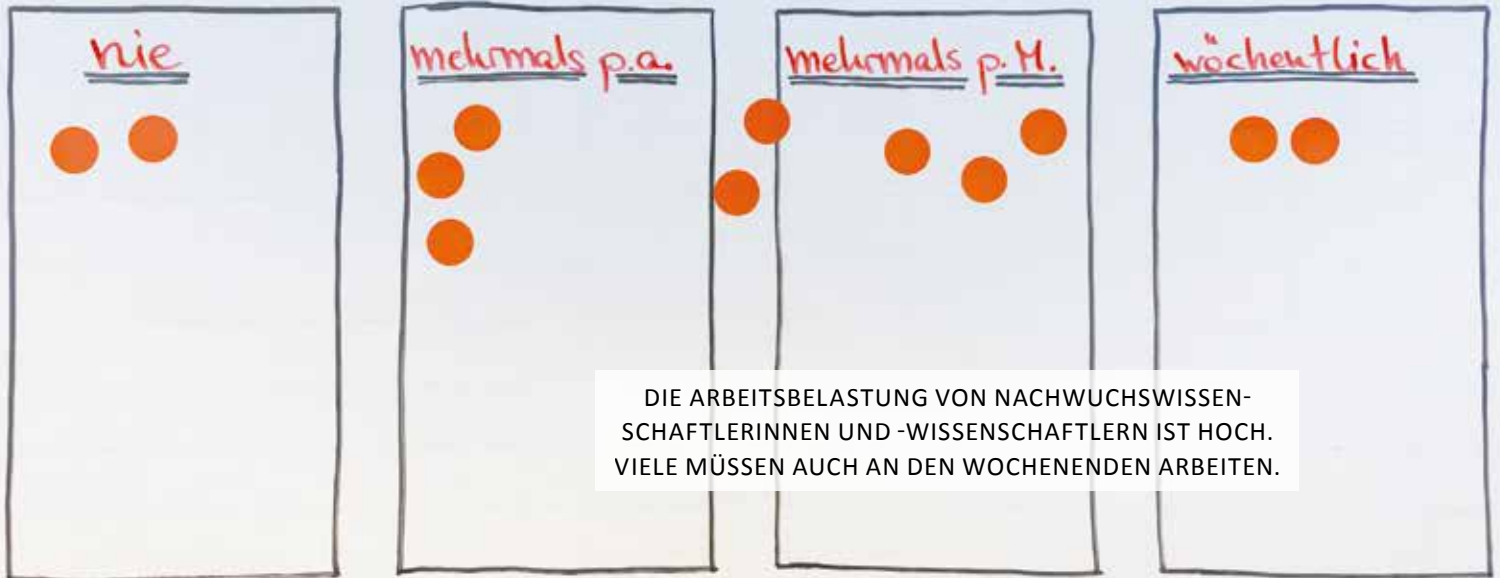
fordert daher die Wiedereinführung des BAFÖG in der Sekundarstufe II“, so Keller. Weil schon in der Schule die Förderung fehlt, ist auch der weitere Bildungsweg für Kinder aus benachteiligten Familien voller Hürden. „Sie stoßen allzu oft auf größere Probleme, wenn sie ein Studium ergreifen wollen“, hält das Kinderhilfswerk in seinem Report zur Kinderarmut 2023 fest. Während in Akademikerfamilien drei Viertel der Kinder ein Studium aufnehmen, sind es bei Familien ohne studierte Eltern nur 21 Prozent. Dabei sind sie die große Mehrheit. Vier von fünf Kindern in Deutschland wachsen in nicht-akademischen Haushalten auf. Doch für ihre Bildungschancen wird nicht genug getan.

### Versprochene BAFÖG-Reform bleibt aus.

Beim BAFÖG für Studierende wurden Kohls Kürzungen immerhin etwas zurückgedreht. Die Förderung fließt seit 1990 wieder zur Hälfte als Zuschuss, der nicht

zurückgezahlt werden muss. Allerdings sieht die aktuell geplante BAFÖG-Reform – neben kleineren Verbesserungen wie der Anhebung der Freibeträge um 5 Prozent und der Einführung einer Studienstarthilfe, aus der ärmere Studierende ab Herbst einen staatlichen Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro zur Anschaffung von Laptops, Büchern oder zur Finanzierung von Umzugskosten am Studienort bekommen können – keine Erhöhung des BAFÖG-Satzes vor, trotz rasant gestiegener Lebenshaltungskosten. Der Satz war zum bisher letzten Mal zum Wintersemester 2022/23 angehoben worden. Zudem gibt es eine Verschlechterung: Ab Ende 2025 sollen Geförderte rund 15 Prozent mehr Rückzahlungen leisten müssen, so steht es im Kabinettsbeschluss. „Im Koalitionsvertrag der Ampel war das Gegenteil versprochen, also eine Absenkung des Darlehensanteils“, kritisiert Mattias Anbuhl vom Deutschen Studierendenwerk. Dabei hält gerade die Sorge, sich für eine Ausbildung verschulden zu müssen, viele junge Menschen aus einkommensschwächeren Familien davon ab, ein Studium aufzunehmen. ■

# WIE OFT ARBEITEST DU AN SONNTAGEN?



DIE ARBEITSBELASTUNG VON NACHWUCHSWISSENSCHAFTLERINNEN UND -WISSENSCHAFTLERN IST HOCH. VIELE MÜSSEN AUCH AN DEN WOCHENENDEN ARBEITEN.

Foto: Kay Hirschelmann

## AUF KANTE GENÄHT

**VERENA KERN**  
freie Journalistin

*Sowohl die Politik als auch die Hochschulen müssen sich anstrengen, um Forschung, Lehre und Studium zukunfts-fähig und gerecht zu gestalten.*

**D**ie Zahlen, die Julian Garritzmann mitgebracht hat, sind erstaunlich. Der Politikwissenschaftler von der Goethe-Universität Frankfurt am Main hat untersucht,

wie viel Geld weltweit in die Hochschulfinanzierung fließt. „Seit Jahrzehnten verändern sich die Ausgaben in den meisten Ländern kaum“, fasst Garritzmann das Ergebnis zusammen. Wenn es zu einem Anstieg kommt, wie in einigen asiatischen Staaten, sind wachsende Studierendenzahlen der Grund, aber nicht ein grundsätzliches Umsteuern bei der Hochschulbildung. Deutschland steht in diesem Vergleich wenig glänzend da. Mit einem Anteil von 1,5 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen die Ausgaben hierzulande unter dem Durchschnitt der Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Garritzmanns Daten illustrieren einen Widerspruch, der seit langem besteht und offenkundig schwierig zu

lösen ist. Gerade die reicheren Länder bewegen sich in Richtung Wissensökonomie. Wissen und Innovation werden immer wichtiger. Trotzdem wird nicht mehr Geld in die Hand genommen, um für einen Ausbau der Wissensgesellschaft zu sorgen.



*Die Hochschulen müssen Antworten auf Krisen wie die Klimakrise finden, die Digitalisierung gestalten.*



ANDREAS KELLER,  
GEW-VORSTANDSMITGLIED HOCHSCHULE  
UND FORSCHUNG

Im Bereich Forschung und Entwicklung, auch das zeigt Garritzmanns Untersuchung, gibt es nur bei den

Ausgaben privater Unternehmen einen Aufwärtstrend, nicht bei denen des Staates.

Wie lässt sich mit diesem Widerspruch umgehen? Wie lässt er sich lösen? Wo liegen Möglichkeiten und Chancen, wo kann und muss man ansetzen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die 12. GEW-Wissenschaftskonferenz, die die Hans-Böckler-Stiftung gemeinsam mit der GEW vom 28. Februar bis zum 2. März in Bremerhaven ausrichtete. Unter dem Motto „Hochschule 2030 – Alma Mater in der Transformation“ diskutierten rund 100 Teilnehmende aus Bund, Ländern, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Wissenschaftsorganisationen, Studierendenvertretungen und Gewerkschaften aus allen 16 Bundesländern.

Transformation ist ein großes Wort, das derzeit allzu inflationär verwendet wird. Doch für die Hochschulen hat es eine sehr konkrete Bedeutung. Genauer gesagt eine doppelte Bedeutung, wie GEW-Vorstand Andreas Keller betonte. „Einerseits müssen sich die Hochschulen den Herausforderungen des gesellschaftlichen Transformationsprozesses stellen: Antworten auf Krisen wie >>>

**SIGNAL IDUNA**   
füreinander da

## Hier gibt es nichts zu korrigieren.

Unsere leistungsstarken Versicherungen für Lehrerinnen und Lehrer.

Vorbereiten, unterrichten, korrigieren: Lehrerinnen und Lehrer haben jeden Tag Wichtigeres zu tun, als sich mit Versicherungen zu beschäftigen. Wir übernehmen das gern für Sie und bieten maßgeschneiderte Versicherungspakete und eine kompetente Rundum-Beratung.

Weitere Informationen finden Sie hier:



SIGNAL IDUNA Gruppe  
Unternehmensverbindungen  
Öffentlicher Dienst  
Joseph-Scherer-Straße 3  
44139 Dortmund  
Telefon 0231 135-2551  
oed-info@signal-iduna.de



Seit fast 100 Jahren  
Partner des öffentlichen Dienstes

>>> die Klimakrise finden, die Digitalisierung gestalten.“ Zu beiden Themen gab es auf der Konferenz Workshops, in denen in kleineren Gruppen diskutiert wurde. „Auf der anderen Seite müssen wir die Hochschulen selbst transformieren“, sagte Keller – hin zu besseren Arbeitsbedingungen, gleichen Chancen für alle und einer auskömmlichen und nachhaltigen Hochschul- und Studienfinanzierung.

Hier liegt vieles im Argen. „Die geplante BAfÖG-Reform ist eine Katastrophe“, urteilte Katja Urbatsch von arbeiterkind.de. Seit 2008 setzt sich die gemeinnützige Organisation dafür ein, dass auch junge Menschen aus nicht-akademischen Familien studieren können. Nach wie vor sind sie an den Hochschulen stark unterrepräsentiert. Obwohl sie die Mehrheit in der Gesellschaft sind, nimmt nur ein Fünftel von ihnen ein Studium auf (s. Seite 18 f.). Mit den aktuellen Reformplänen könnte es für sie sogar noch schwieriger werden. Denn im Gespräch sind auch Anhebungen bei der BAfÖG-Rückzahlungssumme – was gerade Kinder aus ärmeren Familien vor einem Studium zurückschrecken lässt.



*Wir werden nicht gesehen,  
es ist ein ständiger Kampf.*



PROF. DERYA GÜR-ŞEKER,  
HOCHSCHULE BONN-RHEIN-SIEG

Auch bei den Beschäftigten an den Hochschulen ist vieles auf Kante genäht. Am Rande der Konferenz und auch in verschiedenen Workshops berichteten viele Teilnehmende von einer hohen Arbeitsbelastung. Arbeitszeiten von mehr als zehn Stunden am Tag sind demnach keine Seltenheit. „Während der Covid-19-Pandemie wollte ich fast kündigen“, erzählte Derya Gür-Şeker, die gerade an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg zur Professorin berufen wurde. Als Mutter von drei Kindern gehört sie zu jenen, die im Hochschulbereich besonders viele Hürden überwinden müssen. „Wir werden nicht gesehen, es ist ein ständiger Kampf“, sagte sie. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise sei die Online-Lehre seit Pandemie-Ende

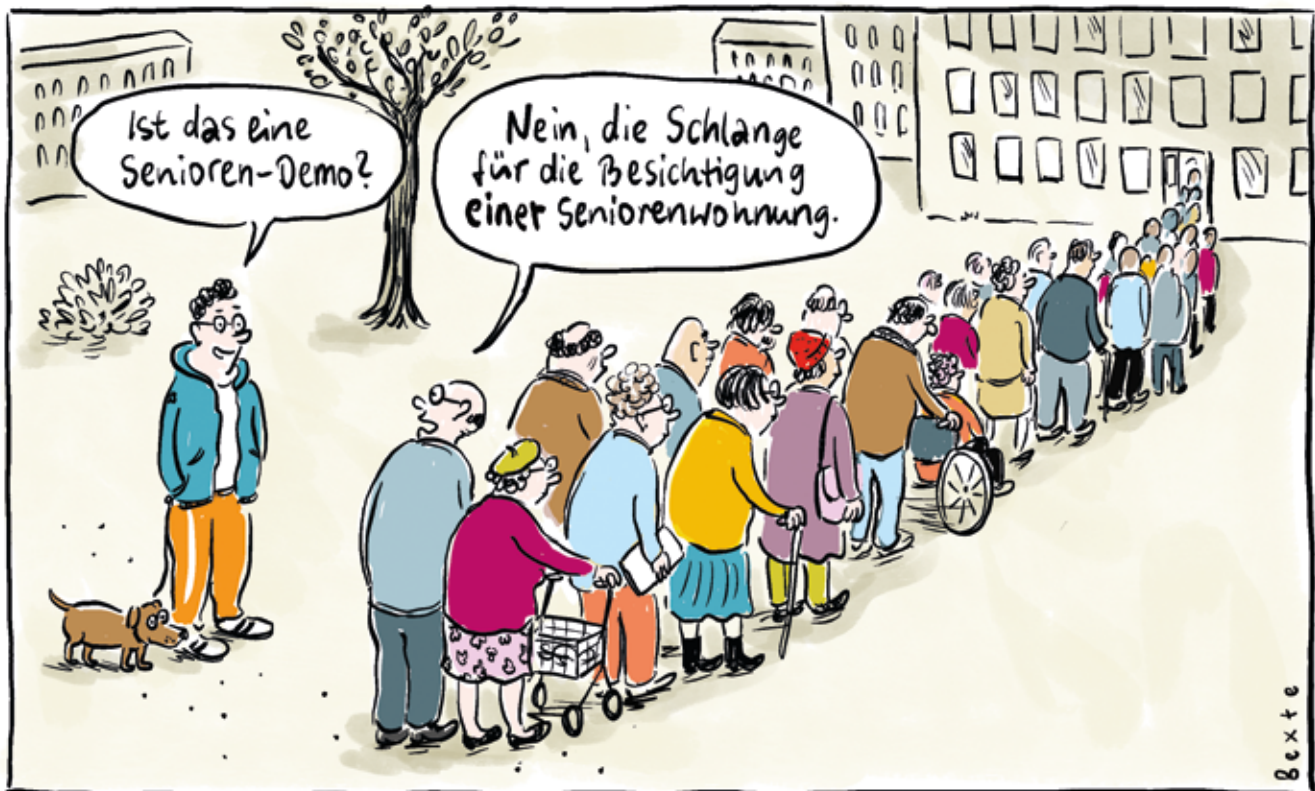
nicht mehr erlaubt. „Das ist zu unflexibel.“ Denn gerade die vulnerablen Gruppen – also Menschen mit Care-Aufgaben, Beeinträchtigung oder nicht-akademischem Hintergrund – würden besonders profitieren, wenn hybride Formate weiterhin angeboten werden, wie eine Studie von Hanna Haag vom Gender- und Frauenforschungszentrum der hessischen Hochschulen zeigte.

Zur Belastung tragen auch die prekären Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen bei. „In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verdoppelt“, berichtete die Soziologin Freya Gassmann von der TU Kaiserslautern-Landau, die ihre von der Max-Traeger-Stiftung geförderte Studie vorstellte. Auf eine Professur kommen jetzt acht wissenschaftliche Mitarbeitende. Das Befristungsniveau liegt im Schnitt bei 80 Prozent. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den Hochschulen, wobei mehr Drittmittel auch zu mehr Befristung führen. Ob die von der Ampelregierung geplante Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes daran nennenswert etwas ändern wird, bezweifelten viele Konferenzteilnehmende. „Dass Mindestvertragslaufzeiten vorgesehen sind, ist schon ein Fortschritt“, verteidigte die SPD-Politikerin Carolin Wagner dennoch die Reformpläne.

**In der Pflicht sind auch die Bundesländer.  
Sie könnten die Ausgaben für Bildung und  
Forschung erhöhen.**

Dabei wäre es gar nicht so teuer, befristete Stellen in Dauerstellen umzuwandeln. Die Mehrkosten belaufen sich auf rund 20.000 Euro im Jahr. „Eine Professur kostet mit Ausstattung 500.000 Euro“, rechnete die Präsidentin der TU Berlin, Geraldine Rauch, vor. „Damit könnte man 25 Entfristungen finanzieren.“

Auf eine weitere Möglichkeit wies Garritzmann hin. „Gerade die Bundesländer könnten sehr viel ändern“, sagte er. „Sie haben viel Macht und könnten einfach sagen, wir erhöhen die Bildungsausgaben.“ Derzeit ist das noch wenig wahrscheinlich. „Doch es geht um den Raum des Denkbaren. Wir müssen uns fragen, wo wollen wir hin?“ Antworten darauf will die GEW formulieren. Mit Blick auf ihren Gewerkschaftstag 2025 in Berlin wird der Hauptvorstand ein Programm für Eckpunkte einer zukunftsfähigen Hochschule im Jahr 2030 entwickeln. ■



## WENN ALTER ZUM RISIKO WIRD

**ANJA DILK**  
freie Journalistin

*Es fehlt in Deutschland an bezahlbarem und altersgerechtem Wohnraum. Mit dem demografischen Wandel steigt der Bedarf. Und nun?*

**H**artmut Jeromin liebt seine Wohnung. Den herrlichen Blick von der Anhöhe über Kreischa, einen kleinen

Ort im Speckgürtel von Dresden. Die Getreidefelder, die Apfelplantagen in der Nähe. Seit 25 Jahren lebt er in der 108-Quadratmeter-Wohnung. Nun hat der Vermieter gekündigt. Ende des Sommers müssen er und seine Lebensgefährtin raus.

Jeromin seufzt: „Im Alter umzuziehen, ist nicht lustig.“ Der ehemalige Realschullehrer ist 83 Jahre alt, seine Partnerin betreuungsbedürftig. Sie leben gern im dörflichen Kreischa, die Verkehrsanbindung nach Dresden ist gut. Während für Kolleginnen und Kollegen aus Zittau, Bautzen oder Hoyerswerda eine GEW-Sitzung in Dresden schnell zum Tagesausflug wird, bringen ihn Bus und S-Bahn flott in die Stadt. In Kreischa gibt es einen Supermarkt, ein

>>>

>>> Dorfgemeinschaftshaus, Apotheker, Arzt, Fußpflege, ein paar Cafés. „Mir fehlt hier nichts.“ Nun wartet Jeromin auf einen Besichtigungstermin bei der neuen Einrichtung für betreutes Wohnen im Ort. Denn ohne Betreuung wird es für seine Partnerin nicht gehen. Doch es drängeln sich 200 Bewerbende für 70 Wohnungen. Und die Einrichtung ist teuer, zu teuer eigentlich für zwei. Also trennen? Sie in das betreute Wohnen, er in die Seniorenresidenz am Ort? Auch das ist nicht billig. „Und ich will Geld für den Alltag übrig haben. Mal nach Fischland an der Ostsee, mal ins Thermalbad in der Nähe.“ Vielleicht zieht er zu einem Freund nach Collditz bei Leipzig, der hat ein Haus geerbt, das zu groß für ihn ist. „Oder in die leerstehende Einraumwohnung im Keller meines Nachbarn“, sagt Jeromin. „Wenn’s schlimm kommt, vermietet er sie mir.“ Wohnen kann für ältere Menschen ein Problem werden. In den Städten steigen die Mieten, bezahlbares Eigentum ist Mangelware, Wohnraum wird knapp. Auf dem Land ist es zwar günstiger, doch etwas zu finden, das zu den Bedürfnissen der späten Lebensphase passt, ist schwierig. Zu teuer, nicht barrierefrei, schon gar nicht bei Pflegebedürftigkeit geeignet. Und je weiter es raus geht, desto mehr hapert es an der Infrastruktur. Supermärkte, Ärzte, Begegnungsräume, Nahverkehrsangebote fehlen. Wer nicht mehr Auto fahren kann, für den wird Mobilität zur Herausforderung. Viele Ältere zieht es daher nach Studien des Berliner Immobilienforschungsinstituts Empirica in die Städte zurück. „Doch oft reicht das Geld aus dem Verkauf eines Hauses im Grünen nicht mal für eine kleine Wohnung in der Stadt“, so Empirica-Forscher Reiner Braun.



*Oft reicht das Geld aus dem Verkauf eines Hauses nicht für eine kleine Stadtwohnung.*



REINER BRAUN,  
EMPIRICA

Sicher ist: Der Wohnbedarf für Ältere steigt. Ab 2040 wird voraussichtlich jeder Vierte über 65 Jahre alt sein. Die Generation der Menschen, die zwischen 1955 und 1965 geboren worden sind, geht langsam in Rente. Jedes Jahr kommen nach Angaben der Hamburger Körber-Stif-

tung bis zu 1,4 Millionen Ruheständlerinnen und Ruheständler hinzu. 65 Prozent leben im urbanen Raum, oft im Speckgürtel, etwa die Hälfte im Eigenheim. „Wenn die Kinder ausziehen, sind die Häuser zu groß, barrierefrei ohnehin nicht“, so David Menn, Programm-Manager Alter und Kommune bei der Körber-Stiftung. „Aber die Älteren schätzen Selbstständigkeit und gewohntes Umfeld.“ Nach dem Deutschen Alterssurvey ist die Mehrheit der Menschen ab 65 Jahren zufrieden mit ihrer Wohnsituation.



*Die Älteren schätzen Selbstständigkeit und gewohntes Umfeld.*



DAVID MENN,  
KÖRBER-STIFTUNG

Wie Hubert Weis. Der ehemalige Sonderschullehrer und Referatsleiter in der Schulaufsicht lebt seit dem Tod der Mutter in seinem Elternhaus, 90 Quadratmeter mitten in Trier. 20 Minuten von der Fußgängerzone entfernt, einen Katzensprung bis in das Lokal, in dem er sich regelmäßig mit Bekannten trifft, Theater und Oper um die Ecke. Weis fühlt sich wohl im Quartier seiner Kindheit, umgeben von viel Grün. „Barrierefrei ist in meinem Haus tatsächlich nichts“, sagt Weis. Treppen statt Aufzug, Schwellen statt ebenerdig. „Für den Rollstuhl top ungeeignet, aber es hält fit.“ Weis lacht. „Wenn es nicht mehr geht, muss ich mich nach etwas anderem umschaun. Natürlich, mit meiner Pension kann ich mir vieles leisten, das ist ein Privileg.“ Als Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Trier weiß der 78-Jährige, dass es vielen alten Menschen in der Stadt anders geht. „Es fehlt bezahlbarer Wohnraum für Ältere, im sozialen Wohnungsbau gibt es einen enormen Sanierungsstau und in manchen Vierteln können sich die Älteren nicht mal das Busticket ins Zentrum leisten“, sagt Weis. Viele Expertinnen und Experten sind sich einig: Altersgerechter Neubau allein ist kaum eine Lösung. Der Bau dauert zu lange, ist teuer. Derzeit wird gerade mal die Hälfte der barrierefreien Neubauten von Seniorinnen und Senioren bewohnt, der Rest von jungen Familien. „Und wenn in 20 Jahren die geburtenschwächeren Jahrgänge in den Ruhestand gehen, könnte Leerstand drohen“, so Demografie-Experte Menn.



Ohne den Umbau bestehender Wohnungen wird es kaum gehen. Einerseits durch den Staat. Städte wie Hoyerswerda versehen bereits Fünfgeschosser mit Liften im Treppenhaus und barrierearmen Bädern. Nach einer Studie des Pestel-Instituts aus Hannover fehlen schon jetzt 2,2 Millionen altersgerechte Wohnungen in Deutschland. Wie viele genau in den einzelnen Bundesländern bereits zur Verfügung stehen und wo künftig noch mehr gebraucht werden, erhebt derzeit das Empirica Institut in einer Studie.

Andererseits müssen auch die Bewohnenden selbst aktiv werden. Empirica-Forscher Braun: „Ältere sollten sich unbedingt frühzeitig Gedanken über die Kosten für altersgerechten Umbau ihrer Wohnung machen.“ Wie teuer ist die Verbreiterung der Türen, die Beseitigung der Schwellen, die Ausstattung des Bades mit Stützhilfen? Wie lassen

sich Räume bedarfsgerecht umnutzen? „Dann kann man solide planen: Rechnet sich das später oder ist ein Umzug in eine altersgerecht sanierte Wohnung günstiger?“ Viele Kommunen experimentieren mit neuen Ansätzen, um die Wohnraumsituation für Ältere zu verbessern. „Clusterwohnen“ zum Beispiel, bei dem sich mehrere kleine, abgeschlossene Wohnungen ein gemeinsames großes Wohnzimmer teilen. „Servicewohnen“, bei dem Bewohnende Einkaufsdienste, Pflege oder Sportangebote nach Bedarf dazubuchen können. Andere richten „Pflegekerne“ ein, mobile Servicestationen in Nachbarschaften mit einem hohen Anteil älterer Bewohnender. Hartmut Jeromin steht noch vor der Entscheidung: Welche Variante ist die beste Lösung für meine späte Lebensphase? „Aber eines weiß ich: Am liebsten möchte ich hier in Kreischa den Rest meines Lebens verbringen.“ ■



Foto: Alice End

## FRAUKE GÜTZKOW

GEW-Vorstandsmitglied,  
verantwortlich für Seniorinnen- und Seniorenpolitik

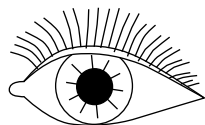
KOMMENTAR

# DOPPELTE VORSORGE

*Für die Lebensplanung im Alter  
ist eine solide Daseinsvorsorge in den  
Kommunen unerlässlich.*

Irgendwann steht die Entscheidung für uns alle an: Wie wohne ich in der letzten Phase meines Lebens? Wenn Krankheiten, vielleicht Pflegebedürftigkeit näher rücken. Wenn das selbstständige Leben mühsamer wird und sich der Gedanke nicht mehr so leicht beiseiteschieben lässt: Wie weiter, wenn mein Partner oder meine Partnerin nicht mehr sein sollte? Natürlich, die Auseinandersetzung mit diesen Fragen mag erst mal etwas Erschreckendes, Unbequemes haben. Doch letztlich sollte sie ebenso selbstverständlich sein, wie es die Planungen junger Eltern vor der Familiengründung sind: Wie wollen wir Erwerbsarbeit und Care-Aufgaben aufteilen, wie möchten wir wohnen, wo ist ein gutes Umfeld für unsere Kinder, gibt es gute Kitas und Schulen? Alter ist kein Horror, sondern eine neue, schöne Lebensphase, die wir genauso planen und besprechen sollten. Welche Lebensform passt zu uns, wie wollen und können wir uns verändern, was macht uns Freude? So wichtig die Lebensplanung des Einzelnen ist, so unerlässlich ist die solide Daseinsvorsorge in den Kommunen. Dazu gehören eine flächendeckende Grundversorgung, öffentlicher Nahverkehr, ausreichend bezahlbarer, altersgerechter Wohnraum, digitale Anbindung, Räume der Begegnung im Quartier. Das Staatsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse aller Menschen in Deutschland, egal wo sie leben oder wie alt sie sind, ist im Grundgesetz verankert. Es ist die Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen, das endlich umzusetzen.

## LUST AUF ZUKUNFT – WAS ICH NEU ENTDECKT HABE



*Susanne Schlossarek, 75,  
Studiendirektorin an einer Fachschule  
für Sozialpädagogik, Berlin, im Ruhestand*

Ich habe sehr gern gearbeitet und ich hatte einen sehr schönen Abschied, das war mir wichtig. Danach – ab in die Freiheit! Ich habe zu Beginn meines Ruhestands eine Radtour unternommen. Am ersten Schultag bin ich eine Lindenallee irgendwo in Brandenburg entlang geradelt – da rief mich meine Nachfolgerin an mit einer Frage. Die habe ich gern beantwortet und bin danach glücklich weitergefahren. Ich hatte ein sehr nettes Kollegium. Ich habe weiter Kontakt gehalten und einen Neujahrsumtrunk bei mir eingeführt. Aber im Laufe der Jahre ist mir die Schulwelt weiter weggerückt. Ich bin in der GEW aktiv und mache in einer Trommelgruppe mit. Dafür hätte ich früher keine Zeit gehabt. Wir machen Stimmung auf Demos, das macht großen Spaß. Ehrenamtlich unterstütze ich junge Frauen mit Migrationsgeschichte in ihrer Ausbildung zur Erzieherin. Es freut mich, dass ich ihnen etwas von meinem Know-how weitergeben kann und ich bekomme dadurch Einblicke in ihre Schicksale. Es beeindruckt mich, wie diese Frauen aus Bosnien, Angola oder Syrien, fast alle mit Kindern, ihr Leben meistern. Sie sind mutig, wie jene junge Frau, die im Flüchtlingslager im Libanon erlebt hat, wie sexuelle Übergriffe durch Mitarbeiter von Mädchen und Frauen aus Scham verschwiegen wurden. Jetzt hat sie in ihrer Kita-Gruppe ein Projekt zu dem Thema organisiert.

Das Schönste ist für mich die Zeit in den Bergen. Wandern von Hütte zu Hütte, Bergsteigen. Früher war ich im Himalaya, heute reichen mir die Ammergauer Alpen oder das Bergell. Ich möchte noch viele Berge besteigen. Aber mein Mann macht lieber Strandurlaub. Langweilig wird es mir auch in Zukunft sicher nicht. Ich habe zwei Enkel, dann der Sport gegen die Alterserscheinungen, Radtouren, Doppelkopf spielen und die Kultur. ■

## Wohnen im Alter

### Informationen beschaffen

Was kommt auf die Gesellschaft zu, wenn Menschen in den Ruhestand gehen? Wie verändert sich das Angebot von Wohnraum für ältere Menschen? In der Studie „Ageing in Place. Wohnen in der altersfreundlichen Stadt“ hat ein Team des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung gemeinsam mit der Körber-Stiftung untersucht, wie sich Bedarf und Formen altersgerechten Wohnens verändern. Die Publikation zeigt kommunale Handlungsoptionen und innovative soziale Lösungen für gutes Wohnen im Alter. Die Studie „Wohnen im Alter“ des Empirica-Instituts nimmt barrierefreies Wohnen unter die Lupe. Was gehört dazu, wie verbreitet es sich, wie lässt es sich erweitern?

### Beraten lassen und planen

Die meisten älteren Menschen möchten gerne so lange wie möglich in ihrem aktuellen Zuhause bleiben. Das zeigt der Deutsche Alterssurvey, das belegen viele andere Studien. Umso wichtiger ist es, frühzeitig zu planen, wie man vorgehen möchte, wenn das plötzlich nicht mehr ohne weiteres möglich sein sollte. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungsanpassung berät in punkto barrierefreier Umbau der eigenen Wohnung und informiert über alternative Wohnformen für ältere Menschen mit Einschränkungen. Die Website gibt einen Überblick über die regionalen Wohnberatungsstellen in Deutschland, sammelt Kontakte zu Ansprechpartnern in den Bundesländern und leitet an die Online-Wohnberatung des Vereins Barrierefrei Leben weiter. Sehr hilfreich ist das Niedersachsenbüro Neues Wohnen im Alter. Es informiert online und vor Ort über neue Wohnformen und Nachbarschaften, unterstützt beim Aufbau neuer Wohn-Pflegeformen im Quartier, Mehrgenerationeninitiativen, barrierefreier Bauprojekte und Selbsthilfegruppen.

Weiterführende Infos zu den genannten Studien:  
[gew.de/ew-4-24](http://gew.de/ew-4-24)

### Impressum Dialog

Herausgeberin:  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main, Tel. 069 78973-0  
Vorsitzende: Maike Finnern  
Redaktionsleiter: Ulf Rödde  
Geschäftsführende Redakteurin: Anja Dilk  
Redakteurin/Redakteur: Frauke Gützkow,  
Jürgen Amendt  
Redaktionsassistentin: Katja Wenzel

# DIE GEW IST AN DEINER SEITE



**LEON STRNAD**

Referent Mitgliedergewinnung beim GEW-Hauptvorstand

*Das Referendariat ist eine anstrengende Zeit. Die GEW ist an Deiner Seite! Wir unterstützen Dich und Tausende andere Referendarinnen und Referendare mit professioneller Beratung, Berufshaftpflicht und einem starken Rechtsschutz. Die GEW ist Deine Interessenvertretung! Sie hat aktuell*

*eine Mitgliederwerbekampagne für angehende Lehrkräfte gestartet. Mach mit, sei dabei! Sprich Referendarinnen und Referendare sowie junge Lehrkräfte auf eine Mitgliedschaft in der GEW an. Die Materialien helfen Dir dabei (siehe QR-Code auf den Abbildungen oder [gew.de/an-deiner-seite](https://www.gew.de/an-deiner-seite)).*

>>>

>>> **D**u hast wieder einen Abend am Schreibtisch verbracht? Das Wochenende ist für Unterrichtsvorbereitung draufgegangen? Die Work-Life-Balance lässt im Referendariat zu wünschen übrig. In der GEW kannst Du Dich mit anderen Referendarinnen und Referendaren vernetzen, um Wissen, Tipps und Tricks auszutauschen. Darüber hinaus bieten wir Dir einige praktische Materialien zur Unterrichtsvorbereitung sowie eine breite Palette an Grundlagenseminaren und Fortbildungsmöglichkeiten. So sparst Du Zeit und profitierst von dem kollektiven Wissen Deiner Bildungsgewerkschaft.

Im Referendariat bist Du jeden Tag mit neuen Themen konfrontiert. Von Organisationsfragen über Fragen zum Schul- und Beamtenrecht bis zu Problemen mit Prüferinnen, Prüfern und Deiner Seminarleitung. Wir stehen dabei an Deiner Seite. Unsere Infomaterialien bringen Dich sicher durch das Referendariat. Unsere Schulexpertinnen und -experten beantworten Deine Fragen. Für den Notfall bieten wir Dir eine kostenfreie Rechtsberatung sowie umfassenden Rechtsschutz – wenn nötig bis in die letzte Instanz!

Falls im Schulalltag doch mal etwas schiefliegt, stehst Du nicht allein da. Berufshaftpflicht und Schlüsselversicherung sind in der GEW-Mitgliedschaft inbegriffen. So hast Du den Kopf frei, um Dich voll und ganz auf Deine Arbeit zu konzentrieren. Ein verlorener Schulschlüssel, eine Verletzung im Sportunterricht oder Glasbruch im Labor sind dann keine Probleme, die Du allein stemmen musst. Gewerkschaft heißt Zusammenhalt!

Als Deine Gewerkschaft unterstützen und beraten wir Dich bei individuellen Problemen. Aber wir verlieren auch das große Ganze nicht aus dem Blick. Denn in unserem Schulsystem mangelt es an allen Ecken und Enden. Gerade beim Berufsstart bekommst Du das als Referendarin oder Referendar zu spüren. Als Bildungsgewerkschaft machen wir uns deshalb für grundlegende Verbesserungen stark: ein gut finanziertes Bildungssystem, kleinere Klassen und gute Arbeitsbedingungen für alle Lehrkräfte. Insbesondere Referendarinnen und Referendare benötigen Arbeitsentlastung, mehr Zeit für die Unterrichtsvorbereitung und faire Entlohnung. ■



Illustrationen: Ballhaus West



*Es gibt mir einfach ein gutes und sicheres Gefühl, GEW-Mitglied zu sein. Denn ich weiß: Egal, was kommt, ich habe einen Partner an meiner Seite, der mir auch helfen kann!*



MARIE (27),  
GRUNDSCHULLEHRERIN IN TUTTLINGEN



Es gibt auch total profane Gründe,  
sich für die GEW zu entscheiden.  
Zum Beispiel die Schlüsselversicherung.  
Die Angst, den Schulschlüssel  
zu verlieren, ist schon was Reales.



CARL (30),  
REFERENDAR AN EINEM  
GYMNASIUM IN TAUCHA

**FÜR EIN REF, IN DEM DU  
ÜBER DICH HINAUSWÄCHST.**

**GEW AN DEINER SEITE**

**UNTERBESETZT IM KOLLEGIUM,  
ÜBERLASTET IM BERUFSSTART?**

**GEW AN DEINER SEITE**



Es ist auf jeden Fall sinnvoll,  
als Lehrperson im Vorbereitungsdienst  
in der GEW zu sein.  
Denn nur gemeinsam ist man stark  
und kann die Probleme, die an der  
Schule herrschen, anpacken!



CHARLIEN (27),  
REFERENDARIN AN EINER  
STADTTEILSCHULE IN HAMBURG



UM GUT ARBEITEN ZU KÖNNEN UND IHRER PÄDAGOGISCHEN PROFESSION GERECHT ZU WERDEN, BRAUCHEN LEHRKRÄFTE GUTE RAHMENBEDINGUNGEN.

# TRAUMJOB ODER TRAUMA?

*Die Bundesländer haben es verpasst, den Generationenwechsel in den Lehrkräftezimmern zu organisieren, die Ausbildungskapazitäten rechtzeitig zu erhöhen und die Ausbildung zu reformieren. Das verschlechtert die Arbeitsbedingungen, führt dazu, dass Lehrerinnen und Lehrer aus dem Beruf aussteigen, Nachwuchs im Studium und Referendariat aufgibt und sich der Lehrkräftemangel so weiter verschärft.*

*Gleichzeitig ist der Beruf aber auch einer, der Erfüllung verspricht und geben kann, den man – eigentlich – gern ausüben sollte. In einer E&W-Serie, die in der Februar-Ausgabe gestartet ist, berichten aktive und angehende Lehrkräfte, was sie an ihrem Beruf lieben, mit welchen Schwierigkeiten sie konfrontiert sind, was sie trotz alledem im Beruf hält – oder eben auch dazu gebracht hat, das Handtuch zu werfen.*

# „ICH BIN EINFACH INS KALTE WASSER GESPRUNGEN“

**ESTHER SAGGEL**

Quereinsteigerin als Grundschullehrerin in Berlin-Neukölln

**H**at noch jemand eine Frage?“ – „Ja, wieso klebt Kleber eigentlich nicht in der Tube?“ Die Frage hat nichts mit dem Thema Steinzeit zu tun, über das wir gerade im Unterricht sprechen. Abgesehen davon ist es eine spannende Frage. Seit dem Quereinstieg in den Lehrkräfteberuf werden mir öfter Fragen gestellt, die mein Erwachsenenhirn kurz rattern lassen, und das macht Spaß. Grundschulkindern sagen ständig witzige, kluge, unverstellte Dinge. Sie halten sich nicht daran, was wir unter gesellschaftlichen Normen verstehen und für überaus durchdacht halten. Es ist eine tolle Aufgabe, die Kinder beim Lernen zu begleiten. Warum hab ich mir das so lange vorenthalten? Meine Cousine, selbst Lehrerin, sagte dazu nur trocken: „Ich finde, Lehrerin zu sein, passt total zu dir. War dir vorher einfach zu spießig.“ Vielleicht hab ich es mir auch nicht zugetraut und musste erst zwei Studiengänge beenden, bis ich gemerkt habe, dass mir was fehlt. Zunächst habe ich eine Weiterbildung in der politischen Bildung absolviert, danach Demokratie-Workshops geleitet. Damit war ich dann auch an Schulen und habe sofort gespürt, wie bereichernd das ist. Auf die Stellenausschreibung bin ich zufällig gestoßen. Ich bin einfach ins kalte Wasser gesprungen. Und sagen wir es mal so, ich paddle immer noch, mit Schwimmen hat das noch nichts zu tun. Aber ich bleibe über Wasser. Jeden Fortschritt, den ich mache, bemerke ich sofort. Manchmal kann ich gar nicht glauben, wie gut eine Stunde geklappt hat. Natürlich läuft nicht alles gut. Das erste halbe Jahr war ich so viel krank wie noch nie. Ich hatte keine Ahnung, wie ich eine ganze Klasse handeln soll oder wie ich mich abgrenze. So viele kleine Leben, an denen so viel dranhängt. Die Schule liegt in einem Teil der Stadt, dem man ansieht, dass wenig Geld in die Gestaltung kinderfreundlicher Räume investiert wurde. Zusätzlich die ganze Scheiße, die sie von unserer Gesellschaft abkriegen: Rassismus, Klassismus, alles. Wie soll man da

drauf sein als Kind. Mit den Problemen, mit denen ich in der Schule konfrontiert werde, hatte ich mich vorher nur theoretisch auseinandergesetzt. Aus dem Elfenbeinturm kann man laut lästern, aber stell dich mal in den Matsch und pack an. Ich möchte, dass die Kinder sich gesehen fühlen, dass sie gern in die Schule gehen. Sie sollen eine realistische Chance bekommen, aus ihrem Leben das zu machen, was sie sich wünschen.

Einmal waren wir auf einem Ausflug im Bundeskanzleramt. Wir stiegen „Unter den Linden“ aus. „Mein Gott, wie schön!“ – „Hier sieht es aus wie in der Zukunft!“ – „Und Neukölln ist der Mülleimer Deutschlands.“ Wir waren noch in der U-Bahn-Station, als die Kinder das riefen. Nach dem Besuch waren wir noch in einem Park. Dort war ein Straßenmusiker. Die Kinder haben ihn mit Fragen gelöchert, ihm all ihr Taschengeld gegeben. Irgendwann meinte er: „Es reicht jetzt, die Kasse ist geschlossen. Ich kann nichts mehr annehmen.“ Als ich ihnen später sagte, wie schön ich das fand, meinte ein Kind nur trocken: „Geld ist nicht alles.“ Geballte Weisheit.

Ich denke, dass wir Quereinsteigenden eine wichtige Rolle an den Schulen spielen. Ich bin extrem glücklich und dankbar, dass ich ein so unfassbar hilfsbereites und tolles Kollegium habe, das mich und die anderen Quereinsteigenden so offen aufnimmt und unterstützt. Ich fühle mich richtig, wo ich jetzt bin, meine Arbeit wird wertgeschätzt. Wir Quereinsteigenden bringen mit unserer anderen Erfahrung auch ein bisschen Frischluft in die Schulen. Jetzt, da ich weiß, wie viel Spaß es macht, Lehrerin zu sein, möchte ich alle ermutigen, diesen Schritt zu gehen. Natürlich bekomme ich die Missstände in unserem Bildungssystem auch mit. Dass Lehrkräfte von der Politik alleingelassen werden, führt dazu, dass der Druck, der auf ihnen lastet, immer größer wird. Manche leiten ihn nach außen ab, andere nach innen. Beides ist untragbar und muss sich ändern. Ich persönlich habe die Supervision an unserer Schule wieder angeleiert und freue mich über jeden kollegialen Austausch, den ich habe. Im ehrlichen Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen wurde bisher jede Hürde überwunden. ■

# „ICH WURDE INS KALTE WASSER GEWORFEN“

## YANNIK DÜRINGER

Student Geschichte und Sozialwissenschaften,  
Universität Wuppertal

**L**ehrer zu werden war immer mein Ziel. Während andere in die Freundebücher als Berufswunsch Prinzessin, Ritter oder Feuerwehrmann geschrieben haben, lautete meine Antwort stets: Ich will Lehrer werden! Nach dem Abitur war das Ganze für mich eine klare Sache: an der Universität einschreiben und Lehramt studieren. Ich wollte meinen späteren Schülerinnen und Schülern Geschichte und Sozialwissenschaften näherbringen. Doch schon bald wurde mir klar: Das Studium hat nichts mit Lehramt zu tun. Statt zu lernen, wie Unterricht funktioniert oder wie ich Bildung vermittele, gab es Staatsphilosophie und Papsturkunden. Alles spannend, aber eben nicht das, was ich gedacht hatte. Ich bekam das Gefühl, mein Studium bereitet mich auf alles vor, aber nicht auf meinen späteren Beruf.

Nun könnte man meinen, ich müsse eben das Studium durchhalten, dann kommt das schon alles. Doch ist „Learning by doing“ im Referendariat und danach die Art und Weise, wie künftige Lehrerinnen und Lehrer auf einen Job vorbereitet werden sollten? Ich gehe ja auch nicht zu einem jungen Arzt, der bis jetzt nur theoretisch gelernt hat, wie eine Operation funktioniert.

Ein weiteres Schlüsselmoment für meine Entscheidung, das Lehramt an den Nagel zu hängen, war mein Praktikum an einem Gymnasium. Ich bin mit folgenden Worten begrüßt worden: „Wir freuen uns, dass Sie da sind! In der 9. Klasse ist der Sowi-Lehrer ausgefallen, würden Sie bitte für die nächsten Wochen übernehmen?“ Ich tat, wie mir befohlen. Ohne Vorkenntnisse ins kalte Wasser geworfen zu werden, mögen einige vielleicht als

Chance begreifen. Aber in meiner Wahrnehmung stand den Kindern jetzt eine komplett unerfahrene Lehrkraft gegenüber, die alte Arbeitsblätter aus der eigenen Schulzeit rauskramte und gar nicht wusste, ob das jetzt alles so richtig ist.





Ich kann auch nicht verhehlen, dass die allgemeine Situation des Schulsystems meine Entscheidung gegen das Lehramt gefestigt hat. Stetig neue Meldungen über marode Schulen, verschlafene Digitalisierung, höhere Klassenstärken und fehlende Anerkennung machen den Beruf unattraktiv.

Wenn über den Mangel an Lehrkräften diskutiert wird, beginnt die Ursachenforschung meist an den Schulen. Doch was passiert eigentlich an Deutschlands Hochschulen? Der Lehrkräftetrichter des deutschen Stifterverbands zeigt ein dramatisches Bild. Fast 50 Prozent aller Lehramtsstudierenden finden nicht ihren Weg ins Klassenzimmer. Von über 50.000 Studienanfängerinnen und -anfängern springen in den ersten Semestern über 20.000 ab. Weitere brechen nach dem Master oder dem Referendariat ab. Am Ende der Ausbildung bleiben gerade noch gut 28.000 Lehrkräfte übrig.



Foto: IMAGO/Peter Endig

Mit meiner Geschichte bin ich vor einiger Zeit in einer öffentlich-rechtlichen Fernsehsendung gelandet. Nach der Ausstrahlung ist mein Mail-Postfach regelrecht explodiert. Viele Studierende denken ähnlich, sie werden abgeschreckt von den schlechten Zuständen und den immer größer werdenden Herausforderungen und Belastungen in der Schule. Sie fühlen sich im Studium im Stich gelassen. Sie haben kein Verständnis für die immer tiefer eindringenden wissenschaftlichen Seminare und den fehlenden Schulbezug. Oder sie nennen schlichtweg finanzielle Gründe, weil ein unbezahltes Praxissemester ihnen wirtschaftlich das Genick bricht.



*Es reicht nicht, im Bachelor fünf Wochen Schnupperpraktikum an der Schule zu machen und dann erst wieder im Master im Klassenraum zu stehen.*



YANNIK DÜRINGER,  
STUDENT

Doch wie lässt sich das Lehramtsstudium verändern? Meiner Ansicht nach braucht es schon von Anfang an einen klaren Praxisbezug. Es reicht nicht, im Bachelor fünf Wochen Schnupperpraktikum an der Schule zu machen und dann erst wieder im Master im Klassenraum zu stehen. Es reicht nicht, wissenschaftlichen Stoff in sich hineinzufressen, der am Ende nice-to-know ist, aber keinen Schulbezug zu haben scheint. Es wird nicht reichen, lediglich über die Senkung oder Abschaffung des Numerus clausus für das Lehramtsstudium nachzudenken. Damit erhöht sich vielleicht die Gesamtzahl der Studierenden, die hohe Abbruchquote aber bleibt weiter bestehen und frisst sich durch das System.

Es liegt an uns, den Finger in die Wunde zu legen und aufzuzeigen, dass das Lehramtsstudium besser werden muss. Ich bin froh, dass die GEW an meiner Seite steht, mit mir und für mich an vorderster Front für beste Bildung und eine Veränderung des Schulsystems kämpft und auch einen Platz für mich haben wird, wenngleich ich nicht den klassischen Weg in die Schule finden werde. ■

## DER BERG KREISSTE ...

**KARL-HEINZ REITH**  
freier Journalist

*Die Länder sind offen für zusätzliche Wege in den Lehrkräfteberuf. Doch die gegenseitige Anerkennung solcher Abschlüsse steht noch aus.*

**E**s war wie so oft in der föderalen Bildungspolitik: Der Berg kreißte und gebar eine Maus. Die Kultusministerkonferenz (KMK) beauftragte angesichts des aktuell drastischen Lehrkräftemangels eine Kommission, zusätzliche Wege in den Beruf zu prüfen. Dabei sollte sie auch alternative Studienmodelle vorschlagen – auf Basis der im Dezember 2023 vorgelegten zahlreichen Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission (SWK) der KMK und früherer Empfehlungen des Wissenschaftsrates (WR). Gesamtfazit des im März auf einer KMK-Sitzung beschlossenen zehnteiligen Papiers: „In den Ländern besteht Einigkeit darüber, dass auch weiterhin der grundsätzliche Weg in den Lehrkräfteberuf das grundständige Studium ist (Bachelor-/Master- bzw. Staatsexamensstudium).“

Doch der Lehrkräftemangel treibt alle 16 Bundesländer gleichermaßen um. Von den vielen alternativen SWK-Empfehlungen und auch des WR hält die KMK nach Prüfung durch die Kommission drei alternative Zugangsmodelle für möglich, um parallel zur klassischen Standardausbildung (Studium von zwei Fächern plus Referendariat) „neue Zielgruppen für die Lehrkräfteausbildung zu erschließen“. Angestrebt wird mit dem Beschluss ein gemeinsamer Rahmen für die „Qualifizierung zu Ein-Fach-Lehrkräften“, für das „Duale Lehramtsstudium“ und das „Quereinstiegs-Masterstudium“. Die einzelnen Länder können diese zusätzlichen Wege wählen, müssen es aber nicht, heißt es auf Nachfrage.

Die Modalitäten dazu sollen durch Beschlüsse in den jeweiligen Ländern konkretisiert werden. Offen blieb auf der KMK-Sitzung allerdings die Frage der länderübergreifenden Anerkennung solcher Abschlüsse. Darüber soll nach Aussage der rheinland-pfälzischen Bildungsministerin Stefanie Hubig (SPD) im Sommer erneut beraten werden.

**KMK: Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse soll erleichtert werden.**

„Ein-Fach-Lehrkräfte“ könnten demnach ab der Sekundarstufe I bis hin zur Berufsschule eingesetzt werden. „Aus Gründen der Qualitätssicherung“ sollen bis zum Abschluss der Qualifizierung sowohl der Masterabschluss oder das Staatsexamen erlangt als auch der Vorbereitungsdienst absolviert werden. Mit Hilfe dieses Modells ließe sich auch die Anerkennung ausländischer Examen erleichtern, heißt es in dem KMK-Beschluss.

Unter dem Stichwort „Duales Lehramtsstudium“ sind aus Sicht der KMK verschiedene Organisationsformen denkbar. Grundsätzlich sollen die akademischen und praktischen Anteile des Kompetenzaufbaus kontinuierlicher miteinander verzahnt werden als in den Regelstudiengängen – sowohl in der Bachelor- wie auch in der Masterphase. „Durch eine vertragliche Bindung an den Ausbildungsort Schule erfolgt eine frühzeitige Bindung der Studierenden an einzelne Schulen und an das Berufsfeld“, heißt es. Eine berufsbegleitende Form zielt besonders auf Quer- und Seiteneinsteigende ab. Die Teilnehmenden sind bereits an einer Schule beschäftigt, gestalten eigenständig Unterricht und absolvieren an festgelegten Tagen universitäre Lehrveranstaltungen. Das dritte Modell „Quereinstiegs-Masterstudium“ baut auf einem nicht-lehramtsbezogenen Hochschulabschluss auf – unabhängig vom Hochschultyp. Eine Zielgruppe sind dabei Hochschulabsolventen, die zunächst Berufserfahrung in anderen Bereichen erwerben und sich erst später für einen Lehrberuf entscheiden.



# REFORM

DIE KULTUSMINISTERKONFERENZ TUT SICH NACH WIE VOR SCHWER DAMIT, DIE AUSBILDUNG DER LEHRERINNEN UND LEHRER NACHHALTIG ZU REFORMIEREN.

»  
*Um mehr Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen oder in diesem zu halten, müssen sich sowohl die Arbeitsbedingungen in den Schulen als auch die Bedingungen in der Ausbildung enorm verbessern.*

»  
ANJA BENSINGER-STOLZE,  
GEW-VORSTANDSMITGLIED SCHULE

Die Kultusministerinnen und -minister stellten ihren Beschluss öffentlich als großen Erfolg dar. In der Presse-

mitteilung heißt es, angesichts steigender Schülerzahlen und des zusätzlichen Lehrkräftebedarfs durch Ganztagschulausbau und Inklusion seien inzwischen auch die Studienplatzkapazitäten ausgeweitet worden. Auf Anfrage konnte das KMK-Büro dies jedoch nicht quantifizieren.

Die GEW begrüßte zwar den Grundgedanken der KMK, sich über die Gewinnung weiterer Lehrkräfte und deren Ausbildung zu verständigen. Um jedoch mehr Menschen für den Lehrberuf zu gewinnen oder in diesem zu halten, „müssen sich sowohl die Arbeitsbedingungen in den Schulen als auch die Bedingungen in der Ausbildung enorm verbessern“, sagte GEW-Vorstandsmitglied Anja Bensinger-Stolze. Dabei gehe es auch um die Reduzierung von Arbeitszeit, kleinere Klassen und die Entlastung der Lehrkräfte von reinen Verwaltungstätigkeiten, um mehr Zeit für die pädagogische Arbeit zu haben. ■



DIE BEIDEN BILDUNGSFORSCHENDEN PROF. DORIS WITTEK UND MAIK WALM KRITISIEREN DEN WILDWUCHS IN DEN LÄNDERN BEI DER BEKÄMPFUNG DES LEHRKRÄFTEMANGELS.

Foto: IMAGO/Bihlmayerfotografie

## „ERNÜCHTERNDE BILANZ“

**NADINE EMMERICH**  
freie Journalistin

*Eine Studie zur Lehrkräftebildung sieht die Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre und den Ist-Zustand kritisch. Mit Blick auf Reformen warnen die Fachleute indes vor Schnellschüssen.*

**W**ährend in der Bildungspolitik noch über Regelungen für die unterschiedlichsten alternativen Wege in den Lehrberuf diskutiert wird, unterrichten in den Schulen längst mehr als 30.000 Menschen in unbefristeter Anstellung, aber ohne grundständige Ausbildung. Sie nahmen ihre Arbeit „weitgehend ohne angemessene Nachqualifikation und Unterstützung auf“, heißt es in der Expertise „Lehrer:innenbildung in Deutschland im Jahr 2024 – Status quo und Entwicklungen der letzten Dekade“ von Maik Walm, Universität Rostock, und Juniorprofessorin Doris Wittek, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 2013 hatten die Bildungsforschenden

eine erste Bestandsaufnahme vorgelegt, diese wurde nun aktualisiert. Das Besondere: „Es ist die einzige Expertise, die den Diskurs und die Trends der vergangenen zehn Jahre abbildet, mit Empirie verbindet und auf dieser Grundlage zeigt, was der Sachstand in den Bundesländern ist“, sagt Wittek. Formale Aspekte etwa zu Studienzeiten und Abschlüssen lesen sich wertfrei. Kritisch werden die Fachleute, wenn es um den Umgang mit dem Lehrkräftemangel geht. „Die alternativen Wege in den Schuldienst sind bundesweit nicht standardisiert und mehrheitlich ohne die Beteiligung von Hochschulen entwickelt und umgesetzt worden“, moniert Walm. Qualifiziert werde nach Bedarf und Kassenlage: „Unsere Bilanz fällt insgesamt eher ernüchternd aus.“

Andreas Keller, GEW-Vorstandsmitglied Hochschule und Forschung, sagt: „Dieser Flickenteppich an Regelungen kann zu einer Deprofessionalisierung und Abwertung des Lehrberufs führen.“ Walm und Wittek werden noch eindringlicher: Setzen sich unbefristete Einstellungen von ungenügend wissenschaftlich qualifiziertem Personal ohne Nachqualifizierung fort, „dann ist die Bildung der nachkommenden Generationen realistisch gefährdet“.

Entsprechend warnen die beiden vor voreiligen und folgenreichen Reformen. Bei einer GEW-Fachtagung im



*Setzen sich unbefristete Einstellungen von ungenügend wissenschaftlich qualifiziertem Personal ohne Nachqualifizierung fort, dann ist die Bildung der nachkommenden Generationen realistisch gefährdet.*



PROF. DORIS WITTEK,  
MARTIN-LUTHER-UNIVERSITÄT HALLE-WITTENBERG

Januar in Berlin, während der sie ihre Expertise vorstellten, führte der benutzte Begriff „Moratorium“ derweil zu Diskussionen. „Wir müssen kurzsichtiges Bewältigen ohne Plan stoppen“, erklärt Wittek, was gemeint sei. Viele bedenkenswerte Vorschläge lägen auf dem Tisch. „Die Kultusministerkonferenz sollte diese breit diskutieren und erst dann entscheiden.“ Wichtig sei ein „kluges Abwägen“, damit die Qualität der Lehrkräftebildung und der Bildung in Schulen nicht weiter sinke.

Hochschulexperte Keller fordert: „Wir brauchen einen Runden Tisch zur Reform der Lehrkräftebildung, an dem Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler, Hochschulen und Länder Eckpunkte einer Reform aushandeln.“

Im vergangenen Jahr legte die GEW zehn „Eckpunkte für die Reform der Lehrer\*innenbildung in Zeiten des Fachkräftemangels“ vor, die künftig weiterentwickelt werden sollen. „Die Diskussion auf der GEW-Tagung hat in zwei Punkten gezeigt, dass wir noch konkreter werden müssen“, sagt Keller. Das betreffe die Modellversuche für ein einphasiges duales Masterstudium, das den Vorbereitungsdienst integriere, und die mögliche Zukunft des international üblichen Ein-Fach-Lehramtes hierzulande. Auch Wittek und Walm geben in einem „Kompass“ vier Empfehlungen, die unabhängig vom Lehrkräftemangel gelten: Die Lehrkräftebildung müsse wissenschaftsbasiert sein und die Bildungsforschung integrieren. Professionalisierung müsse berufslang phasenübergreifend stattfinden. Dies erfordere eine Perspektive auf Lehrende als lernende Erwachsene. Zentral bei allem seien immer die individuellen Bildungsbedarfe der Schülerinnen und Schüler. ■

Weitere Informationen: [gew.de/ew-4-24](http://gew.de/ew-4-24)




## Artenwissen für alle!

[www.NABU-naturgucker-Akademie.de](http://www.NABU-naturgucker-Akademie.de)

Jetzt loslegen mit  
E-Learning zu  
Vögeln, Insekten,  
Pilzen, Pflanzen ...

 kostenlos

 flexibel

 multimedial



Foto: Jürgen Podgorski/NABU-naturgucker.de

## EIN LEBEN VERÄNDERN!

Mit einer Patenschaft können  
Sie Mädchenbildung fördern.



„WERDEN  
SIE PAT:IN!“

Plan International Deutschland e.V.  
[www.plan.de](http://www.plan.de)



# „DA MUSS DIE POLITIK RAN“

**MATTHIAS HOLLAND-LETZ**  
freier Journalist

*Weiterbildung ist ein großer und wichtiger Teil des Bildungssektors. Doch die Einkommen vieler Dozentinnen und Dozenten in dem Bereich sind nach wie vor prekär. Ein Bundes-Tariftreuegesetz, wie es die GEW vorschlägt, könnte Abhilfe schaffen.*

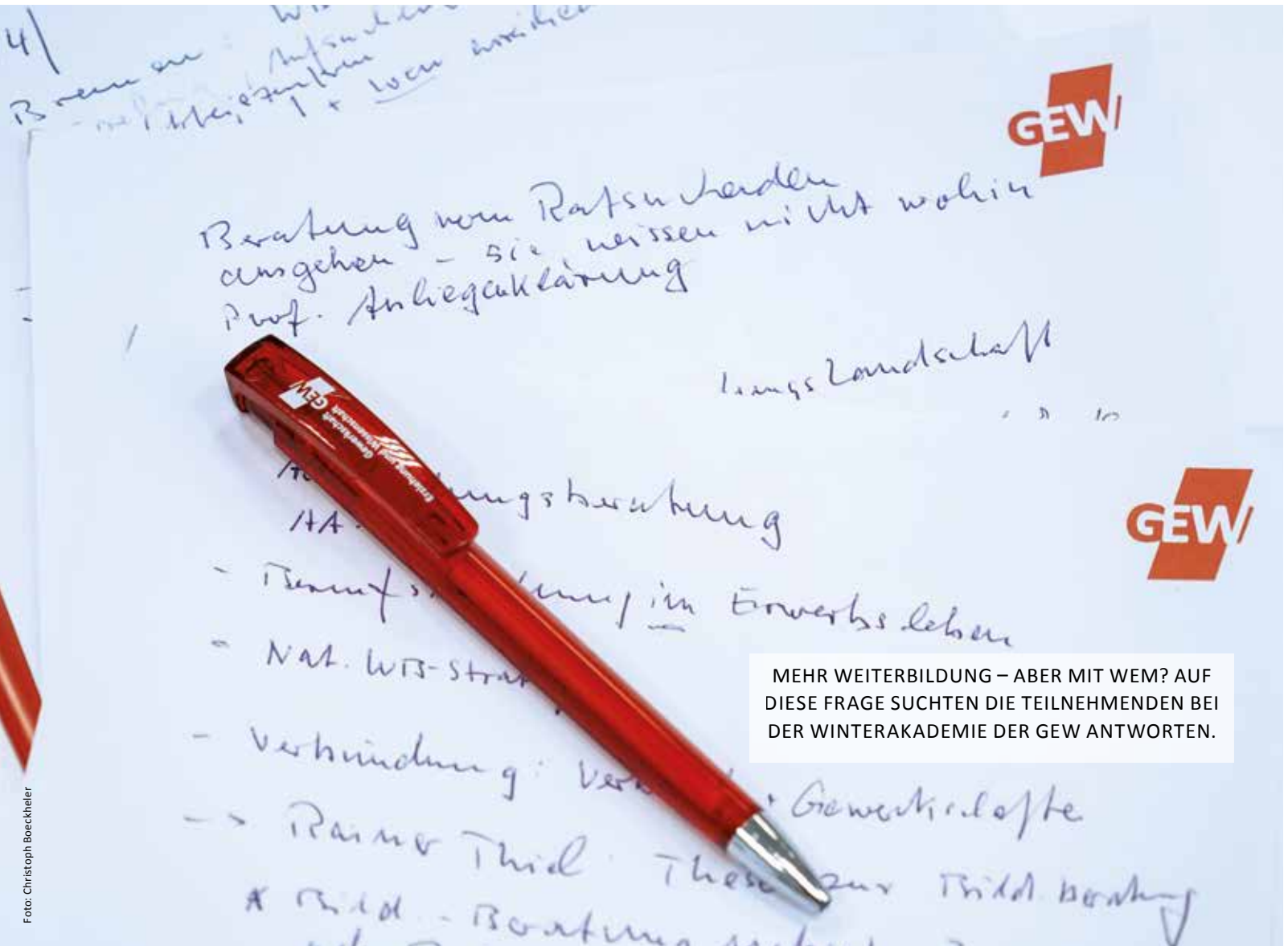
Die Weiterbildung ist der größte Bildungsbereich in Deutschland. Geschätzt sind dort über eine Million Menschen beschäftigt, mehr als an allgemeinbildenden Schulen, an denen rund 700.000 Lehrkräfte unterrichten. Die enorme Bedeutung der Branche sei jedoch „nicht im öffentlichen Bewusstsein“, kritisierte Prof. Josef Schrader, wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) in Bonn. „Die Einkommensmöglichkeiten in der Weiterbildung sind in Teilbereichen prekär“, so Schrader. Er verwies auf erste Befunde einer nicht repräsentativen Studie des DIE. Bei der großen Gruppe der Soloselbstständigen liegt demnach das durchschnittliche Bruttoeinkommen bei 2.191 Euro im Monat. Während der Covid-19-Pandemie, als Weiterbildungseinrichtungen vorübergehend schließen mussten, hätten viele Beschäftigte die Branche verlassen. Schrader: „63 Prozent der Volkshochschulen erklärten 2022, dass sie Rekrutierungsprobleme haben.“ Um den Beruf attraktiver zu machen, müssten im Weiterbildungsbereich daher entsprechende Strukturen

geschaffen werden. „Wir brauchen einen Abbau der Unterfinanzierung“, forderte Schrader in seinem Vortrag bei der GEW-Winterakademie Ende Februar in Gießen.

## Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung

Die rund 100 Teilnehmenden diskutierten unter anderem über die bisherigen Ergebnisse der „Neue Weiterbildungsstrategie“ (NWS). Die NWS ist eine Art Runder Tisch, an dem Bund, Länder, Arbeitgeber, Kammern, Bundesagentur für Arbeit und Gewerkschaften seit 2019 zusammenarbeiten. „Mit dem Ziel, Weiterbildungsaktivitäten zu verzahnen, um eine stärkere Koordination hinzubekommen.“ So formulierte es Mario Patuzzi vom DGB-Bundesvorstand. Im Rahmen der NWS hätten die Gewerkschaften „viel erreicht“, erklärte Patuzzi. Etwa den Rechtsanspruch auf finanzielle Förderung, um nachträglich einen Berufsabschluss zu erwerben. Ein Erfolg sei zudem, dass gewerkschaftliche Weiterbildungsmentorinnen und -mentoren nun vom Bundesbildungsministerium gefördert werden. Sie haben in den Betrieben die Aufgabe, Beschäftigte mit schlechten Schulerfahrungen zu motivieren, Weiterbildungsangebote zu nutzen. Nicht erreicht habe man, Weiterbilderinnen und -bildner besser zu bezahlen. Dafür sei die NWS nicht geeignet. „Das müssen wir anders machen“, unterstrich Patuzzi.

Johanna Börsch-Supan vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) war per Video aus Berlin zugeschaltet. Sie betonte, dass eine Fortbildungsinitiative für die Beschäftigten in der Weiterbildung „ein Thema ist, mit dem wir uns beschäftigen“. Doch bei vielen Fragen der allgemeinen Weiterbildung liege die verfassungsrechtliche Kompetenz bei den Ländern. „Wir als Ministerium können nur den Rahmen setzen, Impulse geben und Pilotprojekte starten.“



Gunilla Fincke vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales war ebenfalls per Video dabei. Sie räumte ein: Die Weiterbildung sei „ein Beruf, bei dem wir in Zukunft einen klaren Engpass sehen“. Es stellten sich „Entlohnungsfragen“. Auf die Bezahlung der Beschäftigten könne das Ministerium Einfluss nehmen, wenn es um berufliche Weiterbildung nach Sozialgesetzbuch II/III geht. Bei der übrigen Weiterbildung sei man darauf angewiesen, „dass es zu Tarifabschlüssen kommt“. Diese könne das Ministerium aber „nicht initiieren“.

### GEW: maximale Unterrichtszeiten festlegen

Ralf Becker, bei der GEW verantwortlich für Berufliche Bildung und Weiterbildung, forderte, das bereits ange-

kündigte Bundes-Tariftreuegesetz für die Weiterbildung zu verabschieden. Damit der Bund künftig Aufträge nur noch an jene Träger vergeben darf, die nach Tarif zahlen. „Da muss die Politik ran.“

Becker verwies zudem auf Sprachkurse, die im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stattfinden. Dort müssten Festangestellte in Vollzeit bis zu 40 Unterrichtsstunden pro Woche leisten. Erforderlich sei, „dass das BAMF für Vollzeitstellen maximale Unterrichtszeiten festlegt“. Die GEW verlangt eine Obergrenze von 25 Unterrichtsstunden. Die Gewerkschaft kämpft für eine Strukturierung der Branche und bessere Arbeitsbedingungen. „Der Weg ist mühsam“, erklärte Becker. „Doch wir versuchen, das Beste herauszuholen.“ ■

# EIN GEWERKSCHAFTSLEBEN VOLLER HÖHEN UND TIEFEN



**ESTHER GEISSLINGER**  
freie Journalistin

*Gesamtschulleiter und Gewerkschaftsvorsitzender: Der Autor Hans-Peter de Lorent legt Dieter Wunders Biografie vor.*

**D**u musst jetzt kandidieren“ – mit diesem Satz habe sein Vorgänger Erich Frister ihm quasi befohlen, für das höchste Amt der GEW anzutreten. So erinnert es Dieter Wunder, der 1981 zum Vorsitzenden gewählt wurde und es bis 1997 blieb. Es waren aufregende Zeiten für die Bildungsgewerkschaft, geprägt durch eine hohe Arbeitslosenquote, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und die Debatten um die Gesamtschule. Der Hamburger Bildungsforscher Hans-Peter de Lorent, der bereits die Biografie Erich Fristers schrieb, schildert auf 300 Seiten Wunders Karriere.

Als Kind lebte Dieter Wunder, der am 21. April 1936 in Düsseldorf geboren wurde, eine Zeit lang in einem Schloss – im dortigen Erziehungsheim unterrichtete seine Mutter –, aber politisch stand er bereits als junger Mann links: „Ich war überzeugt, dass die freie Marktwirtschaft nicht das Optimum ist. Das ist für mich eine

Konstante geblieben“, sagte er über seinen Eintritt in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS). Der war ursprünglich der Hochschulverband der SPD gewesen, wurde Anfang der 1960er-Jahre aber ausgeschlossen, weil die Organisation der SPD zu radikal wurde. Zu den Ausgeschlossenen gehörte auch Wunder, der damals bereits an seiner Doktorarbeit schrieb. Deren Thema lag weitab von der Tagespolitik: Es ging um den Nebensatz im Althochdeutschen. Nicht so seltsam, wie es scheint, verrät die Biografie. Dieter Wunder zog es zur historischen Forschung. Er hatte eigentlich Archivar werden wollen. Stattdessen wurde er Lehrer, heiratete aber immerhin eine Historikerin, die spätere Kasseler Professorin Heide Wunder. 1997, als ein Gewerkschaftstag ihn sozusagen aus Versehen abgewählt hatte, begann Wunder umgehend, sich mit der Geschichte von Adelsgütern zu befassen. Dazwischen lag ein Arbeits- und Gewerkschaftsleben voller Höhen und Tiefen.

**Als Gymnasiallehrer, der sich für die Gesamtschule einsetzte, war Dieter Wunder eine Ausnahmegehalt in der Hamburger GEW.**

Das Buch, für das de Lorent mit zahlreichen Weggefährten Wunders gesprochen und Texte unter anderem aus der „E&W“ ausgewertet hat, zeichnet Wunders Leben





DIETER WUNDER WÄHREND SEINER ERSTEN AMTS-PERIODE ALS GEW-VORSITZENDER ENDE 1983 AUF DEM GEWERKSCHAFTSTAG IN MANNHEIM.

Foto: Inge Werth

chronologisch nach. Es beginnt mit seinem Elternhaus – der Vater war ein frühes Mitglied der NSDAP, sein Leben schildert die Biografie in einem Anhang – und verfolgt seine Karriere, auf der er parallel im Beruf und in der GEW aufstieg. So leitete Wunder eine der ersten Gesamtschulen in einem Hamburger Brennpunkt-Stadtteil, gleichzeitig kandidierte er für den GEW-Landesvorsitz. Durch seine eigenen Tätigkeiten in der Gewerkschaft, sagt Autor de Lorent, kenne er Wunder seit Jahren, doch richtig kennengelernt habe er den ehemaligen Vorsitzenden erst durch die Gespräche für die Biografie. Denn Wunder lasse Nähe nicht leicht zu. Dennoch habe er nicht befohlen, sondern „durch Diskussion geführt“, so schildern es viele Weggefährten.

Dieter Wunder baute seine Karriere geschickt auf: Als Gymnasiallehrer, der sich für die Gesamtschule einsetzte, war er eine Ausnahmestalt im Hamburger Landesverband der GEW und stieg rasch zum Vorsitzenden in der Hansestadt auf. Über inhaltliche Arbeit setzte er Akzente auf der Bundesebene. Vor wichtigen Wahlen platzierte er

Artikel in der Hamburger Lehrerzeitung oder der E&W, sodass die Delegierten ihn kannten. „Für Leute, die ähnliche Ambitionen haben, ist es interessant zu wissen, wie man das macht“, sagt Biograf de Lorent. Wunders Gefühl für die Stimmung in der Gewerkschaft verließ ihn 1997 – bei einem Gewerkschaftstag mit Krimi-Qualität. Wunder trat erneut für den Vorsitz an, mit dem lapidaren Satz: „Ich bin bekannt, eine Vorstellung ist wohl nicht nötig.“ Das war, angesichts einer aufgeheizten Stimmung und der Sorgen vieler um ihre Arbeitsplätze, zu wenig. Wohl um dem Vorsitzenden einen Denkkzettel zu verpassen, stimmten viele Delegierte gegen ihn. Am Ende reichte es nicht für die Mehrheit. Statt in einen zweiten Wahlgang zu gehen, zog Wunder zurück. Nach ihm, der einen neuen Führungsstil etablierte und die Debatte um Gesamtschulen anstieß, folgte mit Eva-Maria Stange aus Sachsen die erste Frau an der GEW-Spitze. ■

Hans-Peter de Lorent: Dieter Wunder. Vorsitzender der GEW von 1981 bis 1997, erschienen in der Reihe „Beiträge zur Geschichte der GEW“. Verlag Beltz-Juventa 2023, 309 S.

# „FÜR KINDER GREIFBARER“



Foto: Maren Küller/CIR



*Letztendlich wollen die Firmen nicht auf die finanziellen Vorteile verzichten, die sie durch Palmöl haben.*



DOMINIK GROSS,  
KAMPAGNEN-MANAGER BEI DER CHRISTLICHEN INITIATIVE ROMERO E. V.

**INTERVIEW: MARTINA HAHN**  
freie Journalistin

*Viele wissen: Bei der Produktion von Palmöl werden Menschenrechte verletzt. Trotzdem steckt der Rohstoff noch immer in jedem zweiten Supermarktprodukt. Dominik Groß von der Christlichen Initiative Romero (CIR) hat Ideen, wie Lehrkräfte das Thema im Unterricht anpacken können.*

**E&W:** Herr Groß, wie würden Sie einem Zweitklässler in einem Satz die Problematik der Palmölproduktion erklären?

**Dominik Groß:** Dass für Palmöl, das sehr wahrscheinlich in seinem Schoko-Brottaufstrich oder in der Fertigpizza

steckt, Wälder zerstört werden und Tiere aussterben, die darin leben, etwa Orang-Utans – das ist für Kinder greifbarer als die menschenrechtliche Dimension der Palmölproduktion.

**E&W:** Die denn wäre?

**Groß:** In der Palmölproduktion kommt es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen. Große Agrarunternehmen und Investoren vertreiben in Malaysia, Sumatra oder Guatemala ganze Dörfer, weil die Plantagen immer mehr Land brauchen. Wer aber keine Parzelle mehr hat, um Lebensmittel für den Eigenbedarf anzubauen, ist gezwungen, auf der Plantage zu arbeiten – für einen Hungerlohn. In Guatemala beispielsweise verdienen Plantagenarbeiterinnen und -arbeiter oft nur zehn Euro am Tag; Überstunden werden ihnen nicht immer bezahlt, Gewerkschaften sind unerwünscht. Hinzu kommt, dass das Wasser in der Nähe der Plantagen knapp und durch Dünger sowie Pestizide verunreinigt wird. Wer sich dagegen wehrt, wird bedroht.

**E&W:** Sind Sie bei Ihren Recherchen auf Kinderarbeit gestoßen?

**Groß:** In der Vergangenheit gab es in Asien immer wieder Berichte über Zwangs- und Kinderarbeit auf Palmölplantagen. Für die jüngsten Recherchen in Mittelamerika können wir das nicht bestätigen. Aber: Je weniger die Eltern verdienen, desto größer ist das Risiko, dass Kinder zum Einkommen der Familien beitragen, früh die Schule verlassen, in Städte oder ins Ausland migrieren. In Mittelamerika ist zudem die Gefahr groß, dass sie in die Bandenkriminalität rutschen.

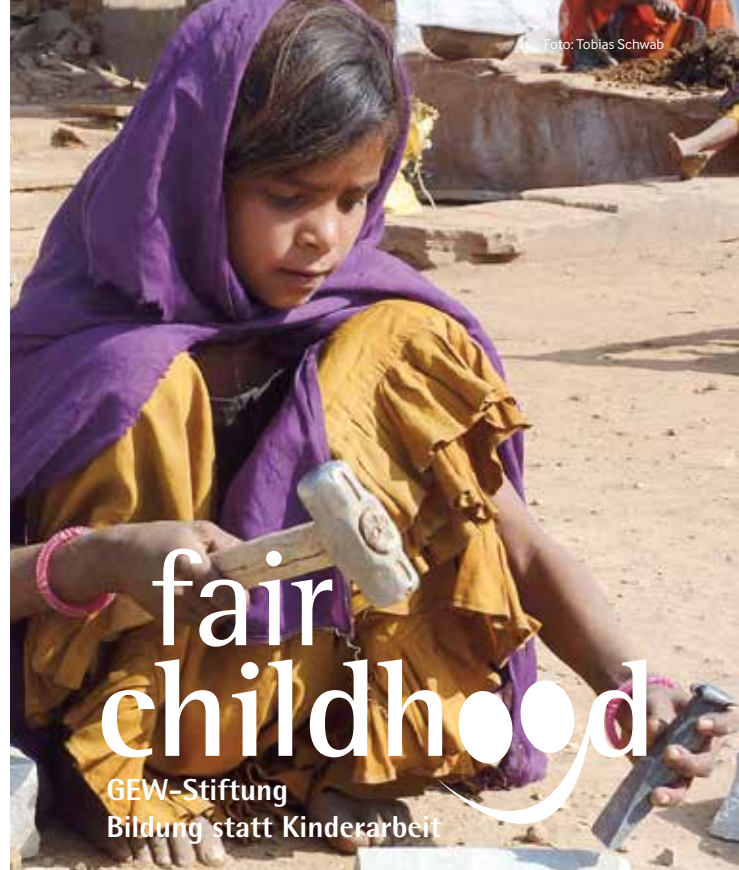
**E&W:** Warum boomt Palmöl trotz dieser Missstände?

**Groß:** Weil der Rohstoff unschlagbar billig ist – die sozialen und Umweltkosten werden ja nicht eingepreist. Derzeit verarbeiten die Hersteller von Lebensmitteln, Kosmetik- und Reinigungsmitteln so viel Palmöl wie nie zuvor. Der weltweite Anbau hat sich in den zurückliegenden 20 Jahren verdreifacht, auch Deutschland importiert heute ein Drittel mehr Palmöl als noch 2019. Die Unternehmen kennen die Missstände in der Palmölproduktion durchaus. Sie sind ein paar kleine Schritte gegangen, verarbeiten im Lebensmittelbereich inzwischen fast nur zertifiziertes Palmöl – aber das ist nicht wirklich nachhaltig, dafür sind die Kriterien zu lasch, manche Label führen Verbraucherinnen und Verbraucher in die Irre. Kurz: Letztendlich wollen die Firmen nicht auf die finanziellen Vorteile verzichten, die sie durch Palmöl haben.

**E&W:** Haben Sie Tipps, wie Lehrkräfte das Thema im Unterricht angehen können?

**Groß:** Schülerinnen und Schüler können in den Supermarkt gehen und schauen, in welchem Produkt Palmöl steckt. Bei Lebensmitteln steht das auf der Zutatenliste – aber schon bei Kosmetik oder Waschmitteln wird es schwierig, hier findet sich oft nur der chemische Name auf der Verpackung. Das ist nicht gelogen, aber stünde Palmöl drauf, würden weniger Leute das Produkt kaufen. Das wissen auch die Unternehmen. Die Schülerinnen und Schüler können zudem über Google Earth erforschen, wie sich die Plantagen ausgebreitet haben. Höhere Klassen könnten Lieferketten und beteiligte Unternehmen recherchieren. Ich empfehle zudem unsere Videos und Filme mit O-Tönen der Betroffenen. Hört man, welche Menschenrechtsverletzungen vor Ort passieren, bleibt das einfach besser hängen. ■

Infos rund um das Thema Palmöl finden Sie unter [gew.de/ew-4-24](http://gew.de/ew-4-24).



fair  
childhood

GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

## Kindern eine Kindheit geben

**Mach mit! Unterstütze die Projekte der GEW-Stiftung *fair childhood*.**

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,  
**IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00**  
**BIC: BFSWDE33MUE**

[www.gew.de/internationales/fair-childhood](http://www.gew.de/internationales/fair-childhood)

*fair childhood* ist eine Treuhandstiftung unter Treuhänderschaft der Stiftung Kinderfonds

**Ja,** ich möchte mehr Informationen *fair childhood*.  
Bitte sendet mir weitere Informationen zu.

E&W 04/2024

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte sende diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

**fair childhood**  
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“  
Reifenberger Straße 21  
60489 Frankfurt am Main

**fair  
childhood**  
GEW-Stiftung  
Bildung statt Kinderarbeit

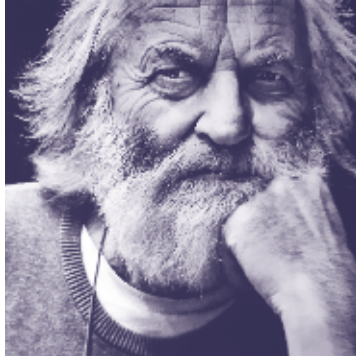


Foto: Uwe Piper

MAX KREUZER

## PIONIER DER INKLUSIVEN SCHULE

*Max Kreuzer, Mahner und Forscher für Inklusion, ist am 6. Februar gestorben. Er wurde 77 Jahre alt.*

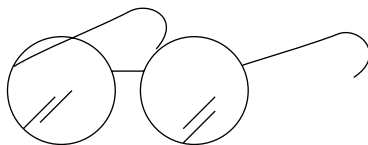
Max begann seinen Weg 1974 als Mitarbeiter beim Deutschen Jugendinstitut in der wissenschaftlichen Begleitung der „Differenzierten Grundschule“ der Stadt München, später war er Psychologischer Leiter einer Heilpädagogischen Tagesstätte. Dort arbeitete auch seine spätere Frau Johanna, bis 1996 Vorsitzende der Bundesfachgruppe „Sozialpädagogische Berufe“. In seiner ersten, vielbeachteten Veröffentlichung entwickelte er ein „integratives Förderkonzept“ in einer „Schule für alle“, die nicht nur die Zusammenfassung aller Kinder in Grundschulklassen sein sollte, sondern eine möglichst weitgehende grundlegende Bildung für alle Kinder und eine gemeinsame soziale Entwicklung realisiert. In den frühen 1980er-Jahren begann Max' Engagement in der GEW. Sein beharrliches Wirken legte den Grundstein für eine Jahr für Jahr wachsende und stetig durchsetzungsfähigere Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe, zunächst auf Kreis- und Landes-, später auch auf Bundesebene. Im Jahr 1989 ergab sich für ihn die Möglichkeit, sich auf die wissenschaftliche Laufbahn zu konzentrieren. Max wurde Professor für Heil- und Sonderpädagogik an der Hochschule Niederrhein. Als in der GEW das Nachdenken über Inklusion begann und im Vorstandsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit im Jahr 2006 ein Arbeitskreis Inklusion (AK Inklusion) eingerichtet wurde, war Max selbstverständlich dabei, auch wenn ihm die Fahrt nach Frankfurt am Main zuletzt zunehmend schwerer fiel. Der AK leistete mit der Herausgabe des „Index für Inklusion“ – die mit mehr als 30.000 Exemplaren meistverkaufte Handreichung für die Kita-Praxis – und den jährlich stattfindenden Inklusionstagungen eine für die Praxis, aber auch als politischer Impulsgeber hervorragende Arbeit. Das Credo und Vermächtnis von Max Kreuzer: „Dabeisein ist nicht alles.“ Mit diesen Worten betitelte er eine von ihm 2008 mitherausgegebene Sammlung von Aufsätzen zum Paradigmenwechsel von Integration zu Inklusion. Vor allem ein zweijähriger Studien- und Forschungsaufenthalt an der pädagogischen Hochschule Kopenhagen zeigte ihm, wie in Dänemark alle Kinder ihre Schulzeit gemeinsam beginnen und niemand an einen anderen Schulort versetzt wird.

**BERNHARD EIBECK**

ehemaliger Referent Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand

# MITGLIEDERFORUM

---



## LEHRTÄTIGKEIT KANN SPASS MACHEN

(E&W 2/2024, SEITE 32 F.: „ZU ENGES ‚SCHULISCHES KORSETT‘“)

Ich respektiere die Befindlichkeiten des Autors Thorben Wenzel und seine Erkenntnis, dass er kein Lehrer sein möchte. Sein Beitrag beschreibt jedoch genau das Problem, welches ich in meiner langjährigen Lehrtätigkeit erlebe. Eine theoretische Pädagogik mag in Teilen notwendig sein, doch er empfindet ja die schulische Praxis als problematisch. Aber dort muss sich doch die Theorie anwenden lassen! Was nützt dann sein Master in Allgemeiner Pädagogik? Wofür will er sein Wissen einsetzen? Für das Bücherregal? Und was versteht er unter Disziplinierung der Schüler? Für mich gehören Regeln und Normen zu den Grundlagen im Arbeiten mit einer Klasse. Wie will ich sonst Wissen vermitteln? Und gerade wenn das alles gut gelingt, macht die Lehrtätigkeit richtig Spaß. Ein Klassenzimmer ist keine „Willkür der Dynamik“ – mit Didaktik und Pädagogik lässt sich viel bewegen.

Ines Herrmann, Dresden

## POPULISTISCHE UNWAHRHEITEN

Nachdem ich den Artikel des Studenten Thorben Wenzel gelesen habe, war ich ehrlich gesagt etwas fassungslos. Warum bietet die E&W einem Pädagogik-Studenten, der kein abgeschlossenes Lehramtsstudium bzw. wenig bis keine pädagogische/erzieherische Qualifikation vorweisen kann, zwei Seiten Platz, um populistische Unwahrheiten publizieren zu dürfen? Beispiel Bezahlung: Herr Wenzel behauptet, wir würden miserabel bezahlt werden? Weiß er, dass LehrerInnen in Europa (ausgenommen Luxemburg) Stand jetzt nirgendwo besser

bezahlt werden als in Deutschland? Zudem kommt in Niedersachsen im August die Erhöhung auf A13 für den Primar- und Sek-I-Bereich. Wir wurden also bisher gut und werden demnächst sogar sehr angemessen bezahlt. Die Tatsache, dass es im Referendariat weniger Geld gibt, ist ja wohl nur logisch, da es Teil der Ausbildung ist und nur wenige Stunden unterrichtet werden. Des Weiteren ist es wohl eher sein persönliches Problem, dass er Fächer mit einer unpassenden Kombination studiert hat. Wieso wird es in dem Artikel als allgemeines schulisches Problem dargestellt?

Bitte veröffentlicht doch in Zukunft wieder Beiträge von Menschen, die Sachverhalte wirklich aus ihrer pädagogischen, erzieherischen und schulischen Erfahrung heraus beurteilen können und nicht von StundenInnen, die noch nie wirklich gearbeitet haben.

Jan-Ole Blauth, Celle

**Anm. d. Red.:** Die E&W hat in ihrer Ausgabe 2/2024 eine Serie mit dem Titel „Traumjob oder Trauma?“ gestartet. In dieser Serie sollen nicht nur Lehrkräfte zu Wort kommen, sondern auch Referendarinnen und Referendare bzw. Studierende, von denen sich einige während der Ausbildungsphase oder nach dem Ende des Referendariats gegen den Beruf entschieden haben. Die Gründe, die in den Beiträgen dafür genannt werden, liefern unseres Erachtens wichtige Hinweise für eine dringend notwendige Reform der Lehrkräfteausbildung.

Die Aussage des Studenten Thorben Wenzel mit Blick auf die schlechte Bezahlung von Lehrkräften bezog sich nur auf die Zeit des Referendariats. Referendarinnen und Referendare verdienen in Deutschland zwischen 1.466 und 1.724 Euro brutto monatlich. Für die Aufnahme eines Referendariats ist ein abgeschlossenes Studium notwendig.

### >>> IRREFÜHRENDE INTERPRETATION

(E&W 3/2024, MITGLIEDERFORUM SEITE 46:  
„VERZERRTES BEWUSSTSEIN“)

Dass der Ökonom Karl Marx es abgelehnt hat, Marxist genannt zu werden, ist, so wie diese Sentenz von Leserbriefschreiber Hans Hinterkeuser verwendet wird, zurückhaltend ausgedrückt irreführend. (...) Der Ausspruch ist durch den Philosophen Friedrich Engels übermittelt, der aber als sicherer Gewährsmann gelten kann. Aus seinen Texten geht eindeutig hervor, dass Marx sich nicht prinzipiell gegen eine Bezeichnung als „Marxist“ ausgesprochen hatte, sondern er lediglich kein Marxist in dem Sinne sein wollte, wie um 1880 in Frankreich der „Marxismus“ aufgefasst wurde. So heißt es im Brief von Engels an den sozialdemokratischen Theoretiker Eduard Bernstein vom 2./3. November 1882: „Nun ist der sog. ‚Marxismus‘ in Frankreich allerdings ein ganz eigenes Produkt, so zwar, daß Marx dem Lafargue sagte: ce qu’il y a de certain c’est que moi, je ne suis pas Marxiste.“ (Marx-Engels-Werke, Bd. 35, S. 388) Den Ausspruch von Marx übertragen die Herausgeber des Bandes so ins Deutsche: „Wenn das Marxismus ist, bin ich kein Marxist.“ In ähnlicher Weise und im gleichen Zusammenhang wiederholte Engels das in Briefen an den Ökonomen Conrad Schmidt vom 5. August 1890 und den französischen Sozialisten Paul Lafargue vom 27. August 1890. Marx wollte also kein solcher „Marxist“ sein, wie die französischen „Marxisten“ Anfang der 1880er-Jahre seine Ideen verstanden.  
Peer Kösling, Kahla/Thüringen

### TOLERANTERE HALTUNG DER GEW

(E&W 3/2024, MITGLIEDERFORUM SEITE 46:  
„WERTVOLLER RELIGIONSUNTERRICHT“)

Ich danke den vier Kolleg\*innen für ihren engagierten Leserbrief und kann mich diesem nur anschließen. Auch ich bin Religionslehrerin, allerdings an einer Grundschule, und dazu Fachberaterin für dieses wunderbare Fach. Auch bei uns besuchen Kinder mit unterschiedlichsten Hintergründen den Religionsunterricht. Und genau hier finden die großen Chancen für das friedliche Miteinander statt. Ich möchte hier nicht all das Wertvolle, was die Kolleg\*innen geschrieben haben, noch einmal wiederholen, aber auch ich wünsche mir eine andere, tolerantere Haltung „meiner“ GEW.  
Claudia Krause, Hildesheim

### INHALTLICHEN DISSENS AUSHALTEN

Vier Leserbriefschreiber\*innen fragen gemeinsam, ob sie angesichts einiger E&W-Leserbriefe in jüngster Zeit, die sich kritisch „mit dem Thema Glaubensfragen“ befassen und „religions-negative Haltungen zum Ausdruck“ bringen, „von der GEW (noch) richtig vertreten“ würden. Diese Haltung verwundert uns. Weil Kolleg\*innen untereinander in der E&W über Religion diskutieren, einmal auch in scharfer Formulierung (E&W 7-8/2023), anzunehmen, dass unsere Gewerkschaft sie nicht gut vertritt, ist doch unangemessen. „Wir wünschen uns von der GEW eine andere Haltung“, schreiben sie. Welche sollte sie denn einnehmen?

Wir sind nicht ohne Grund in einer weltanschaulich neutralen Einheitsgewerkschaft und nicht in einem religiös-weltanschaulich gebundenen Verband. Und da sollten wir gemeinsam schon einiges an inhaltlichem Dissens aushalten und auch deutliche Worte akzeptieren. Und – ehrlich gesagt – wäre es angesichts des dramatischen Vertrauensverlustes der beiden Großkirchen – erkennbar an Austrittszahlen, Erhebungen zum Gottesdienstbesuch und anderem mehr – nicht an der Zeit, dass wir uns als GEW mal mit der Frage eines gemeinsamen Ethik-Unterrichts für alle, selbstverständlich mit religionskundlichen Inhalten, stark machten? (...)

Wir wünschen uns von unserer GEW den Einstieg in eine Diskussion über einen gemeinsamen Unterricht, der unseren gesellschaftlichen Werten verpflichtet ist, sich kritisch, sachlich und kompetent mit Religionen und Weltanschauungen auseinandersetzt und damit einen offenen Dialog ermöglicht und diesen Dialog auch lehrt.

Gerhard Lein, Karin Hufert, Helmuth Sturmhoebel, Dora Heyenn, Prof. Josef Keuffer, Andrea Oltmanns, Prof. Kerstin Michalik, Kolleg\*innen des Arbeitskreises Philosophie und Religion (AK PuR) der GEW Hamburg

### **Kontakt**

#### **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**

Postfach 900409, 60444 Frankfurt am Main

E-Mail: [katja.wenzel@gew.de](mailto:katja.wenzel@gew.de)

Beiträge im Mitgliederforum spiegeln nicht die Meinung der Redaktion wider.

Die Redaktion bittet darum, die Leserinnen- und Leserbriefe mit einer maximalen Textlänge von 1.200 Zeichen (inklusive Leerzeichen) einzusenden.

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen.

Anonym zugesandte Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

# BETROFFENE DES „RADIKALENERLASSES“ GESUCHT

*„Radikalenerlass“ und „Berufsverbote“ in den 1970er-/1980er-Jahren in West-Berlin: Zeitzeuginnen und -zeugen für Interviews gesucht.*

**W**aren Sie selbst oder Ihnen nahestehende Menschen aufgrund des sogenannten Radikalenerlasses in West-Berlin von Disziplinierungen bis hin zum Berufsverbot bedroht oder betroffen? Dann sind Sie richtig für ein Forschungsprojekt an der Humboldt-Universität zu Berlin und der Freien Universität Berlin.

Am 2. September 2021 hat das Berliner Abgeordnetenhaus den Senat aufgefordert, „... sicherzustellen, dass die auf der Grundlage des Radikalenerlasses vom

28. Januar 1972 erteilten Berufsverbote und deren Folgen für die Betroffenen wissenschaftlich aufgearbeitet und die Ergebnisse in geeigneter Weise öffentlich zugänglich gemacht werden“. Das Forschungsprojekt „Der Radikalenerlass in West-Berlin: Entstehung – Wirkung – Folgen“ unter Leitung von Prof. Gabriele Metzler, Prof. Paul Nolte und Prof. em. Martin Sabrow kommt diesem Auftrag seit Januar 2024 nach.

Wer an der Befragung teilnehmen möchte, kann sich – vorzugsweise per E-Mail – mit dem Historiker Jan-Henrik Friedrichs in Verbindung setzen. Die Interviews werden auf Wunsch anonymisiert. ■

Kontakt:  
Jan-Henrik Friedrichs, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Radikalenerlass in West-Berlin“, Web: <https://hu.berlin/jhfriedrichs>  
E-Mail: [jan-henrik.friedrichs@hu-berlin.de](mailto:jan-henrik.friedrichs@hu-berlin.de), Tel.: 030/20 93 70 610



**Mit Ihrer Hilfe finden  
Kinder Platz zum Spielen.**

Jedes Kind hat das Recht zu spielen und sich zu bewegen. Aber viel zu oft fehlt es an geeigneten Räumen im Freien. Wir setzen uns für bessere Spielplätze in Deutschland ein.

Spendenkonto  
IBAN: DE23 1002 0500 0003 3311 11 • Bank für Sozialwirtschaft



Ihre Anzeige in der E&W:  
[anzeigen@stamm.de](mailto:anzeigen@stamm.de)

**Berlin**  
Schülertouren  
Mauer und Szene Tour,  
Demokratie Tour  
[berlin.kiezjungs.com](http://berlin.kiezjungs.com)

**Hamburg**  
Schülertouren  
St. Pauli, Speicherstadt, Hafensrundfahrt  
[kiezjungs@gmail.com](mailto:kiezjungs@gmail.com), T: 040-27872891  
[www.kiezjungs.com](http://www.kiezjungs.com)

**Die Quintenzirkeluhr**  
und vieles mehr  
5% Rabatt für E&W-Leser\*innen  
Bestell-Code: EW24  
NEU: Quintenzirkel-Kissen und USB-Sticks mit 32 GB  
Uvds DESIGN  
[Uvds-Design.com](http://Uvds-Design.com)  
[webshop.uvds-design.com](http://webshop.uvds-design.com)

[www.schulorganisation.com](http://www.schulorganisation.com)  
**Dokumentation  
Organisation  
Rechtssicherheit**  
☎ 02521 29905-10  
FL SCHULORGANISATION  
Verlage Flöttmann & Langenkämper

TelefonSeelsorge®

WIR SUCHEN DICH FÜR UNSER TEAM

Interesse? Kontakt unter:  
[info@telefonseelsorge.de](mailto:info@telefonseelsorge.de)

# DIESMAL



Cartoon: Thomas Plakmann

SCHATTENSPIELE

Plakmann